

LENA TEMPLER

Proportionale Rechtsetzung
im europäischen
Bankenaufsichtsrecht

*Schriften zum
Unternehmens- und Kapitalmarktrecht*

Mohr Siebeck

Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Jörn Axel Kämmerer, Karsten Schmidt und Rüdiger Veil

118



Lena Templer

Proportionale Rechtsetzung im europäischen Bankenaufsichtsrecht

Ansätze zur Komplexitätsreduktion
im Hinblick auf kleine Institute

Mohr Siebeck

Lena Templer, geboren 1989; Studium der Rechtswissenschaft an der Bucerius Law School Hamburg und der University of Oxford (Brasenose College); 2014 LL.M. (University College London); 2016–2021 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Privatrecht II der Bucerius Law School Hamburg sowie am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht der Ludwig-Maximilians-Universität München; 2023 Promotion; tätig im Compliance-Bereich eines Versicherungsunternehmens in München.
orcid.org/0009-0000-6306-4640

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Geld und Währung, Frankfurt am Main.

ISBN 978-3-16-163184-9 / eISBN 978-3-16-163185-6

DOI 10.1628/978-3-16-163185-6

ISSN 2193-7273 / eISSN 2569-4480 (Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar. Zugl. Diss., Ludwig-Maximilians-Universität München, 2023.

© 2024 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2022/2023 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 2. Mai 2023 statt. Gesetzgebung, Rechtsprechung, behördliche Veröffentlichungen, Literatur und aktuelle Entwicklungen sind im Wesentlichen bis Ende 2022 berücksichtigt. Statistische Daten befinden sich, sofern verfügbar, auf dem Stand von Ende 2022. Zitierte Online-Quellen wurden zuletzt am 28.11.2023 aufgerufen.

Mein besonderer Dank gilt meinem hochgeschätzten Doktorvater Prof. Dr. Rüdiger Veil. Er hat das Thema dieser Arbeit angeregt, ihre Entstehung engagiert betreut und mir nicht nur als wissenschaftliche Mitarbeiterin, sondern auch bereits als studentische Hilfskraft die Freude am wissenschaftlichen Arbeiten vermittelt, mich gefördert und mich in vielfältige und spannende Projekte eingebunden. Prof. Dr. Mathias Habersack danke ich für die äußerst rasche Erstellung des Zweitgutachtens. Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Kindler danke ich für die Übernahme des Beisitzes in der mündlichen Prüfung. Den Herausgebern gilt mein Dank für die Aufnahme in die Schriftenreihe und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verlags für die kompetente Betreuung der Veröffentlichung.

Entstanden ist die Arbeit während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin, zunächst am Lehrstuhl Privatrecht II der Bucerius Law School Hamburg und anschließend am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht der Ludwig-Maximilians-Universität München. Dass ich diese Zeit in schöner Erinnerung behalten werde, verdanke ich neben Prof. Dr. Rüdiger Veil meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen. Für den fachlichen wie persönlichen Austausch bedanke ich mich herzlich bei Azur Coulmas, Dr. Marius Fischer, Jasmin Gärrh, Tobias Gumpp, Maximilian Kunzelmann, Evgenia Sardeli, Dr. Carina Schwarz, Dr. Christian Voigt, Dr. Josef Wittmann und Dr. Malte Wundenberg. Zudem bedanke ich mich bei Iris Kessler und Gabriele Groß. Sie haben wesentlich zu der angenehmen Atmosphäre am Hamburger wie am Münchner Lehrstuhl beigetragen.

Besonders bedanken möchte ich mich auch bei dem Munich Center for Capital Markets Law, das die Arbeit mit seinem Dissertationspreis 2023 ausgezeichnet

hat, und bei der Stiftung Geld und Währung für die großzügige finanzielle Unterstützung der Veröffentlichung dieser Arbeit. Über die dadurch zum Ausdruck kommende Anerkennung freue ich mich sehr.

Schließlich danke ich von ganzem Herzen meinen Eltern Kristina und Dr. Klaus-Jürgen Templer und meinen Schwiegereltern Susanne Marschall-Dünisch und Hans Dünisch für ihr Vertrauen in mich und ihre fortwährende Unterstützung sowie meiner Schwester Anne Stoessel für ihren steten Zuspruch, die Durchsicht des Manuskripts und wertvolle Hinweise. Diese Arbeit wäre nicht entstanden ohne die fortwährende und unbedingte Unterstützung meines Mannes Kevin Templer. Als Zeichen des Dankes ist sie ihm gewidmet.

Stäfa, Januar 2024

Lena Templer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	XXI
Einführung und Zielsetzung	1
<i>I. Anlass der Betrachtung</i>	1
<i>II. Kontinuierlicher Komplexitätszuwachs der Bankenregulierung und -aufsicht</i>	4
1. Standardsetzung des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht	5
a) Basler Ausschuss für Bankenaufsicht	5
b) Eigenkapitalstandards	7
c) Überarbeitung im Nachgang der Finanzkrise	9
d) Auswirkungen	10
2. Rechtsetzung in Europa	11
a) Erfasste Institute	11
b) Hintergrund	12
3. Zentralisierung der Rechtsetzungs- und Aufsichtskompetenzen in Europa	14
a) Rechtsetzer und Aufsichtsbehörden	14
b) Reaktion auf die Finanz- und Staatsschuldenkrise	15
4. Auswirkungen auf kleine Institute	18
<i>III. Forderung nach Proportionalität</i>	21
<i>IV. Erkenntnisinteresse und Gang der Untersuchung</i>	25
<i>V. Eingrenzung der Betrachtung</i>	26

Erster Teil: Gegenstand und Begründung der Forderung
nach proportionaler Rechtsetzung

A. Forderung nach proportionaler Rechtsetzung	31
I. Ausgangspunkt: Mathematisches Verständnis	32
II. Proportionalität als etablierter Begriff des deutschen Banken- und Versicherungsaufsichtsrechts	32
1. Der Grundsatz der doppelten Proportionalität	33
a) Versicherungsaufsichtsrecht	33
b) Bankenaufsichtsrecht	35
2. Bedeutungsgehalt	36
a) Proportionalität und prinzipienbasierte Rechtsetzung	38
b) Wirkrichtung	41
3. Schlussfolgerungen	42
III. Neues rechtsetzungsbezogenes Proportionalitätsverständnis	42
1. Gegenstand der Forderung	43
a) Hintergrund	43
b) Zielrichtung: Effiziente Rechtsetzung durch differenzierende Anforderungen	45
aa) Risiko- und Kostenadäquanz	45
bb) Methodische Ansätze	47
2. Arbeitsdefinition proportionaler Rechtsetzung	48
3. Einordnung in den verfassungsrechtlichen Kontext	48
a) Klassifikation als Grundsatz oder Prinzip	49
b) Proportionale Rechtsetzung und Verhältnismäßigkeit	51
c) Proportionale Rechtsetzung und Gleichbehandlungsgebot	53
IV. Ergebnis	55
B. Tragfähigkeit der zugrunde liegenden Argumentationslinien	57
I. Risikoadäquanz	57
1. Risikokategorien	58
2. Idiosynkratische Risiken und Institutsgröße	59
3. Systemische Risiken und Institutsgröße	60
II. Kostenadäquanz	63
1. Regulatorisch induzierte Kosten	64
a) Kategorisierung	64
b) Eingrenzung	66

2. Sowieso-Kosten	66
3. Relativ höhere Kostenbelastung kleiner Institute	68
a) Fixkostendegression, Skaleneffekte, Spezialisierungsvorteile und Lerneffekte	68
b) Empirie	69
aa) Vereinigte Staaten	70
bb) Deutschland	70
cc) Bewertung	71
<i>III. Gesamtwirtschaftliche Bedeutung eines heterogenen Bankenmarkts</i>	<i>72</i>
1. Marktstruktur	72
a) Europäische Union	72
aa) Anzahl	72
bb) Geografische Verteilung	72
cc) Größe	73
dd) Bewertung	74
b) Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankwesens	75
aa) Entwicklung	75
(1) Private Banken	76
(2) Öffentlich-rechtliche Institute	78
(3) Genossenschaftsbanken	81
bb) Heutige Marktstruktur	83
2. Konzentrationsimpulse	84
a) Überkapazitäten	84
b) Technologischer Wandel	86
c) Niedrigzinsumfeld	87
d) Anstieg regulatorisch induzierter Kosten	88
e) Bewertung	89
3. Potenziell negative Auswirkungen zunehmender Marktkonzentration	90
a) Störung von Wettbewerb und Innovationsfähigkeit	90
b) Beeinträchtigung der KMU-Finanzierung	92
aa) Bedeutung von KMU	92
bb) Stellenwert kleinbankenbasierter Finanzierung für KMU	93
(1) Argumentationslinie	93
(2) Kritik	94
(3) Schlussfolgerungen	96
c) Gefährdung der Finanzstabilität	97
<i>IV. Ergebnis</i>	<i>99</i>

Zweiter Teil: Methodische Ansätze zur Verwirklichung von Proportionalität

C. Bestandsaufnahme und Analyse des Status quo	103
I. <i>Proportionale Differenzierungsansätze im internationalen Vergleich</i>	103
1. Gegenstand und methodische Ausgestaltung von Erleichterungen	104
2. Differenzierungskriterien und -ansätze	105
II. <i>Proportionalität nach unten in CRR/CRD IV</i>	107
III. <i>Reformdiskussion zur Stärkung des Proportionalitätsgedankens</i>	109
1. Erkenntnisse der Reformdiskussion	109
a) Bericht der Banking Stakeholder Group zur Proportionalität der Bankenregulierung	110
b) Themenübergreifende Sondierungen der Kommission	110
c) Entschließung des Parlaments zu den Vorschriften für den Finanzdienstleistungssektor	112
d) Proportionalitätserwägungen zu den Vergütungsvorschriften	113
e) Folgenabschätzung der Kommission zu ihrem Regelungsvorschlag	115
f) Klassifikationsvorschläge aus Deutschland und Österreich	116
aa) Säule 1+-Ansatz	116
bb) Small Banking Box	118
cc) Vergleich	120
g) Schlussfolgerungen	121
2. Genese der CRR II/CRD V	121
IV. <i>CRR II/CRD V: Ein europäisches Proportionalitätskonzept?</i>	124
1. Erweiterung des Kreises ausgenommener Institute	125
2. Etablierung der Kategorie kleiner und nicht komplexer Institute	126
3. Anpassungen der Eigenmittelanforderungen	130
a) Regelungskonzept	130
aa) Mindestquote	130
(1) Quantität und Qualität der Eigenmittel	130
(2) Ermittlung und Gewichtung der Risiken	131
bb) Zusätzliche Anforderungen aus dem SREP	131
b) Neuregelungen zur Risikoermittlung und -gewichtung	133
aa) Ausfallrisiken derivativer Positionen	133
bb) Handelsbuchstätigkeiten	135
cc) KMU-Unterstützungsfaktor	138
c) Konkretisierung der SREP-Vorgaben	140
4. Nichtanrechnungen bei der Höchstverschuldungsquote	142
5. Vereinfachte strukturelle Liquiditätsquote	144

6. Ausgestaltung der Vergütungsanforderungen	146
7. Herabsetzung von Umfang und Häufigkeit der Offenlegungsanforderungen	150
8. Erleichterungen im Meldewesen	153
9. Entwicklung eines IT-Instruments zur Reduktion administrativen Aufwands	158
10. Analyse der wesentlichen Strukturmerkmale	159
a) Differenzierungsansätze	159
aa) Regelungsbereichsspezifische Klassifikationen	159
bb) Regelungsbereichsübergreifende SNCI-Klassifikation	160
(1) Reichweite	160
(2) Kritikpunkte	161
(3) Bewertung	162
b) Regelungsansätze zur Verwirklichung von Erleichterungen	163
aa) Angepasste Risikogewichtung und Nichtanrechnung	163
bb) Befreiungen und reduzierte Frequenzen	164
cc) Vereinfachte Berechnungsmethoden	164
dd) Regelbasierte Ausgestaltung prinzipienbasierter Rechtsetzung	165
ee) Proportionalitätsbezogener Analyseauftrag als Vorstufe proportionaler Rechtsetzung	167
c) Kompetenzverortung der proportionalitätsbezogenen Neuregelungen	167
d) Zusammenfassende Bewertung	168
<i>V. Kleinbankenspezifische Rechtsetzung im Binnenmarkt</i>	<i>170</i>
1. Kompetenzverortung	171
a) Harmonisierungskompetenzen	172
b) Schranken der Kompetenzausübung	173
c) Subsidiaritätserwägungen	174
aa) Integration des europäischen Bankenmarkts	175
bb) Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des SSM	178
(1) SSM als Garant der Finanzstabilität	178
(2) Auswirkungen einer Fragmentierung des Bankenaufsichtsrechts	180
2. Kompatibilität differenzierender Regelungsansätze mit dem Harmonisierungsziel	184
a) Harmonisierung des Bankenaufsichtsrechts	184
b) Vereinbarkeit von Differenzierungen mit dem Single Rulebook	187
c) Kategorisierung von Wertpapierfirmen als Referenz	189
3. Zusammenfassende Bewertung	192
<i>VI. Ergebnis</i>	<i>192</i>

D. Ansätze zur Ausgestaltung eines europäischen Proportionalitätskonzepts	195
<i>I. Komplexitätsreduktion als Leitgedanke</i>	<i>196</i>
<i>II. Schweizer Kleinbankenregime</i>	<i>197</i>
1. Bankenlandschaft der Schweiz	197
2. Kategorisierung der Institute zu Aufsichtszwecken	200
3. Proportionale Rechtsetzung vor Einführung des Kleinbankenregimes	201
4. Etablierung des Kleinbankenregimes	203
a) Zielsetzung	203
b) Pilotphase	204
c) Finale Ausgestaltung	204
aa) Eintrittskriterien	205
bb) Modifikationen	206
d) Bewertung durch die FINMA	210
5. Tabellarische Gegenüberstellung mit dem SNCI-Ansatz	210
6. Vergleichende Bewertung	212
a) Eintrittskriterien	212
aa) Risikotragfähigkeit	212
bb) Ausgestaltung als Stufenmodell	214
b) Modifikationen	215
aa) Quantitative Anforderungen	215
bb) Qualitative Anforderungen	215
(1) Anknüpfung an die regelungsbereichsübergreifende Klassifikation	215
(2) Bewertung des komplexitätsreduzierenden Potenzials prinzipienbasierter Rechtsetzung	216
c) Zukunftsperspektive	217
<i>III. Weiterentwicklung des SNCI-Ansatzes und der daran anknüpfenden Modifikationen</i>	<i>217</i>
1. Risikotragfähigkeit als Eintrittsvoraussetzung	217
a) Risikotragfähigkeitsbezug in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten	218
b) Risikotragfähigkeit in Europa	220
c) Theoretische Erwägungen	220
aa) Gesteigertes Erleichterungspotenzial	221
bb) Langfristige Perspektive	221
cc) Umgang mit einzelbereichsspezifisch erhöhten Risiken	221
d) Empirische Untersuchung	222

e) Schlussfolgerungen	223
2. Vereinheitlichung bestehender Klassifizierungsansätze	223
a) Bestehende Klassifizierungsansätze	225
aa) Institutskategorien im SSM	225
(1) SIs und LSIs	225
(2) Priorisierung der LSIs	228
(3) Bewertung	229
bb) Kategorisierung nach den EBA-SREP-Leitlinien	230
(1) Zweck	230
(2) Kriterien	230
cc) Vereinfachte Anforderungen an die Sanierungs- und Abwicklungsplanung	231
(1) Zweck	231
(2) Kriterien	232
b) Vergleich der Kernaspekte der Klassifizierungsansätze	233
aa) Tabellarische Gegenüberstellung	233
bb) Kompetenzverortung	239
cc) Differenzierungskriterien	239
(1) Festlegung	239
(2) Ausgestaltung	240
dd) Bewertungsmethodik	241
ee) Beurteilungsspielraum	241
c) Bewertung der Vereinheitlichungspotenziale	242
aa) Singularität der Klassifikation im SSM	242
bb) SNCI-Klassifikation als Anknüpfungspunkt kleinbankenspezifischer Rechtsetzung und Aufsicht	243
cc) Folgerungen	244
3. Vereinfachte Berechnungsmethoden	245
4. Detaillierte Ausgestaltung prinzipienbasierter Anforderungen	246
a) Prinzipienbasierte Rechtsetzung im Proportionalitätskontext	246
b) Determinanten des Erfolgs prinzipienbasierter Rechtsetzung	248
c) Determinanten des Erfolgs von Guided Discretion	250
5. Sicherstellung von Proportionalität im Rechtsetzungsprozess	251
<i>IV. Ergebnis</i>	253
 Zusammenfassende Thesen	 255
 Literatur- und Materialienverzeichnis	 261
Sachregister	293

Abkürzungsverzeichnis

Zusätzlich zu den hier aufgeführten Abkürzungen wird auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 10. Aufl. Berlin/Boston 2021 verwiesen.

A-IRBA	Advanced Internal Ratings-Based Approach (fortgeschrittener, auf internen Ratings basierender Ansatz)
A-SRI	Anderweitig systemrelevantes Institut
Bankenrichtlinie	Richtlinie 2006/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 14.6.2006 über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute (Neufassung)
BankG	Schweizerisches Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen v. 8.11.1934, Stand 1.8.2021
BankV	Schweizerische Verordnung über die Banken und Sparkassen v. 30.4.2014, Stand 1.8.2021
Basel I	BCBS, International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards, July 1988
Basel II	BCBS, International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards – A Revised Framework, June 2006
Basel III	BCBS, Basel III: A Global Regulatory Framework for More Resilient Banks and Banking Systems, December 2010 (revised June 2011)
BCBS	Basel Committee on Banking Supervision (Basler Ausschuss für Bankenaufsicht)
BRRD	Bank Recovery and Resolution Directive (Abwicklungsrichtlinie) 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 15.5.2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen
BSG	Banking Stakeholder Group der EBA
BVR	Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken
CRD IV	Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 26.6.2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen
CRD V	Richtlinie (EU) 2019/878 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 20.5.2019 (Änderungsrechtsakt zur Neufassung der Kapitaladäquanzrichtlinie)
CRD V-COM	Vorschlag der Europäischen Kommission zur Neufassung der Kapitaladäquanzrichtlinie v. 23.11.2016, COM(2016) 854 final
CRD V-ECOFIN	Vorschlag des Rates der Europäischen Union zur Neufassung der Kapitaladäquanzrichtlinie v. 23.5.2018

CRD V-ECON	Bericht des Europäischen Parlaments über seinen Vorschlag für eine Neufassung der Kapitaladäquanzrichtlinie v. 28.6.2018
CRD V-ECON-E	Entwurf des Berichts des Europäischen Parlaments über seinen Vorschlag zur Neufassung der Kapitaladäquanzrichtlinie v. 16.11.2017
CRR	Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 26.6.2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen
CRR II	Verordnung (EU) 2019/876 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 20.5.2019 (Änderungsrechtsakt zur Neufassung der Kapitaladäquanzverordnung)
CRR II-COM	Vorschlag der Europäischen Kommission zur Neufassung der Kapitaladäquanzverordnung v. 23.11.2016, COM(2016) 850 final
CRR II-ECOFIN	Vorschlag des Rates der Europäischen Union zur Neufassung der Kapitaladäquanzverordnung v. 22.5.2018
CRR II-ECON	Bericht des Europäischen Parlaments über seinen Vorschlag für eine Neufassung der Kapitaladäquanzverordnung v. 28.6.2018
CRR II-ECON-E	Entwurf des Berichts des Europäischen Parlaments über seinen Vorschlag für eine Neufassung der Kapitaladäquanzverordnung v. 11.12.2017
EBA	European Banking Authority (Europäische Bankenaufsichtsbehörde)
EBA-SREP-Leitlinien	Überarbeitete SREP-Leitlinien der EBA, EBA/GL/2014/13, EBA/GL/2018/03 und EBA/GL/2022/03
EBA-VO	Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde v. 24.11.2010
ECB	European Central Bank (Europäische Zentralbank)
ECOFIN	Economic and Financial Affairs Council (Rat „Wirtschaft und Finanzen“)
ECON	European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments)
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EFSF	Europäische Finanzstabilitätsfazilität
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung)
ERV	Schweizerische Verordnung über die Eigenmittel und Risikoverteilung der Banken und Wertpapierhäuser v. 1.6.2012; Stand 30.9.2022
ESA	European Supervisory Authority (Europäische Finanzaufsichtsbehörde)
ESFS	European System of Financial Supervision (Europäisches Finanzaufsichtssystem)
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESMA	European Securities and Markets Authority (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde)
ESRB	European Systemic Risk Board (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken)

EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUR	Europäischer Wirtschaftsraum
EZB	Europäische Zentralbank
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
FINMAG	Schweizerisches Bundesgesetz über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht v. 22.6.2007, Stand 1.1.2022
FINMA-RS 08/21 „Operationelle Risiken – Banken“	FINMA, Rundschreiben 2008/21 Operationelle Risiken – Banken. Eigenmittelanforderungen und qualitative Anforderungen für operationelle Risiken bei Banken v. 20.11.2008, Stand 31.10.2019
FINMA-RS 11/2 „Eigenmittelpuffer und Kapitalplanung – Banken“	FINMA, Rundschreiben 2011/2 Eigenmittelpuffer und Kapitalplanung – Banken. Eigenmittelpuffer und Kapitalplanung bei Banken v. 30.3.2011, Stand 4.11.2020
FINMA-RS 15/2 „Liquiditätsrisiken – Banken“	FINMA, Rundschreiben 2015/2 Liquiditätsrisiken Banken. Qualitative Anforderungen an das Liquiditätsrisikomanagement und quantitative Anforderungen an die Liquiditätshaltung v. 3.7.2014, Stand 31.10.2019
FINMA-RS 16/1 „Offenlegung – Banken“	FINMA, Rundschreiben 2016/1 Offenlegung – Banken. Aufsichtsrechtliche Offenlegungspflichten v. 28.10.2015, Stand 20.6.2018
FINMA-RS 17/1 „Corporate Governance – Banken“	FINMA, Rundschreiben 2017/1 Corporate Governance – Banken. Corporate Governance, Risikomanagement und interne Kontrollen bei Banken v. 22.9.2016, Stand 4.11.2020
FINMA-RS 17/7 „Kreditrisiken – Banken“	FINMA, Rundschreiben 2017/7 Kreditrisiken – Banken. Eigenmittelanforderungen für Kreditrisiken bei Banken v. 7.12.2016, Stand 20.6.2018
FINMA-RS 18/3 „Outsourcing – Banken und Versicherer“	FINMA, Rundschreiben 2018/3 Outsourcing – Banken und Versicherer. Auslagerungen bei Banken und Versicherungsunternehmen v. 21.9.2017, Stand 4.11.2020
FINMA-RS 19/1 „Risikoverteilung – Banken“	FINMA, Rundschreiben 2019/1 Risikoverteilung – Banken. Risikoverteilungsvorschriften für Banken v. 7.12.2017
F-IRBA	Foundation Internal Ratings-Based Approach (auf internen Ratings beruhender Basisansatz)
FMA	Finanzmarktaufsicht Österreich
FSB	Financial Stability Board (Finanzstabilitätsrat)
FSF	Financial Stability Forum (Finanzstabilitätsforum)
FSI	Financial Stability Institute (Institut für Finanzstabilität)
GrCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
G10/G20	Gruppe der 10/20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer und der Europäischen Union
G-SRI	Global systemrelevantes Institut
ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process (Internes Kapitaladäquanzverfahren)
IFD	Investment Firm Directive Richtlinie 2019/2034 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 27.11.2019 über die Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen

IFR	Investment Firm Regulation Verordnung (EU) 2019/2033 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 27.11.2019 über Aufsichtsanforderungen an Wertpapierfirmen
ILAAP	Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (Internes Liquiditätsadäquanzverfahren)
IMF	International Monetary Fund (Internationaler Währungsfonds)
IRB-Ansätze	Internal Ratings-Based Approaches (auf internen Ratings basierende Ansätze)
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz) v. 9.9.1998, Stand 20.7.2022
L-Bank	Landeskreditbank Baden-Württemberg
LCR	Liquidity Coverage Ratio (Mindestliquiditätsquote)
LiqV	Schweizerische Verordnung über die Liquidität der Banken und Wertpapierhäuser v. 30.11.2012, Stand 1.1.2020
LSI	Less Significant Institution (weniger bedeutendes Institut)
MaGo	BaFin, Rundschreiben 2/2017 (VA) – Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen v. 25.1.2017, geändert am 2.3.2018
MaRisk	BaFin, Rundschreiben 10/2021 (BA) – Mindestanforderungen an das Risikomanagement v. 16.8.2021
MiFID II	Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 15.5.2014 über Märkte für Finanzinstrumente
MS	Mitgliedstaat(en) der Europäischen Union
NCA	National Competent Authority (nationale zuständige Behörde)
NSFR	Net Stable Funding Ratio (strukturelle Liquiditätsquote)
OEM	Original Exposure Method (Ursprungsrisikomethode)
OeNB	Österreichische Nationalbank
P2G	Pillar 2 Guidance (Säule 2 Empfehlungen)
P2R	Pillar 2 Requirement (Säule 2 Anforderungen)
Q&As	Questions & Answers
SA-CCR	Standardised Approach for Counterparty Credit Risk (Standardansatz für das Gegenparteiausfallrisiko)
SAG	Sanierungs- und Abwicklungsgesetz v. 10.12.2014, Stand 3.6.2021
SBVg	Schweizerische Bankiervereinigung
SI	Significant Institution (bedeutendes Institut)
SIFI	Systemically Important Financial Institution (systemrelevantes Finanzinstitut)
SNB	Schweizerische Nationalbank
SNCI	Small and Non-Complex Institution (kleines und nicht komplexes Institut)
s-NSFR	Simplified NSFR (vereinfachte NSFR)
Solvency II	Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 25.11.2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit
SRB	Single Resolution Board (Einheitlicher Abwicklungsausschuss)
SREP	Supervisory Review and Evaluation Process (Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess)

SRM	Single Resolution Mechanism (Einheitlicher Abwicklungsmechanismus)
SRM-VO	Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 15.7.2014 zu Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds
SSM	Single Supervisory Mechanism (Einheitlicher Aufsichtsmechanismus)
SSM-RahmenVO	Verordnung (EU) Nr. 468/2014 der Europäischen Zentralbank v. 16.4.2014 zur Einrichtung eines Rahmenwerks für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Zentralbank und den nationalen benannten Behörden innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus
SSM-VO	Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates v. 15.10.2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz) v. 1.4.2015, Stand 20.7.2022
WpIG	Gesetz zur Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten (Wertpapierinstitutsgesetz) v. 12.5.2021, Stand 3.6.2021

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1:	Regulierungskosten	66
Tabelle 1:	Aufsichtliche Klassifikation von Banken und Effekthändlern in der Schweiz	201
Tabelle 2:	Kriterien für die Qualifizierung als SNCI und für die Teilnahme am Schweizer Kleinbankenregime	211
Tabelle 3:	Modifikationen für SNCIs und für Teilnehmer des Schweizer Kleinbankenregimes	212
Tabelle 4:	Kleine Institute – Kriterien der CRR II, im SSM und nach den EBA-SREP-Leitlinien	234
Tabelle 5:	Kleine Institute – Kriterien und Indikatoren der BRRD	237
Tabelle 6:	Verortung der Klassifizierungskompetenzen: CRR II, SSM, EBA-SREP-Leitlinien und BRRD	238

Einführung und Zielsetzung

I. Anlass der Betrachtung

Proportionalität war das Wort der Stunde in der Diskussion um das europäische Bankenpaket.¹ Am 7. Juni 2019 wurden im Amtsblatt der Europäischen Union die ihm zugehörigen Rechtsakte veröffentlicht: Änderungsverordnungen beziehungsweise -richtlinien zu der Kapitaladäquanzverordnung (CRR)², der Kapitaladäquanzrichtlinie (CRD IV)³, der Abwicklungsrichtlinie (BRRD)⁴ und der Verordnung zur Errichtung des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM-VO)^{5,6}

¹ *BaFin*, Jahresbericht 2018, S. 67: „Eine wesentliche Frage bei der Überarbeitung von CRR und CRD IV lautete, wo und in welchem Umfang es im aufsichtsrechtlichen Regelwerk möglich ist, für mehr Proportionalität zu sorgen.“; *Loeper*, in: Wuermeling (Hrsg.), *Bankenaufsicht im Dialog 2019*, S. 41, 53 bezeichnet Proportionalität als „zentrales Thema“ im Reformprozess. *Paul*, in: Hopt/Binder/Böcking (Hrsg.), *Handbuch Corporate Governance Banken und Versicherungen*, § 18 Rn. 82 hebt hervor, dass „die Forderung nach mehr ‚Proportionalität‘ in den Fokus der Diskussion gerückt [sei].“ Zu der zusammenfassenden Bezeichnung der Rechtsakte als Bankenpaket *Wojcik*, ZBB 2018, 250, 251.

² Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 26.6.2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012, ABl. L 176/1.

³ Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 26.6.2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG, ABl. L 176/338.

⁴ Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 15.5.2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl. L 173/190.

⁵ Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 15.7.2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, ABl. L 255/1.

⁶ Verordnung (EU) 2019/876 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 20.5.2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in Bezug auf die Verschuldungsquote, die struk-

Der Gedanke einer stärker proportionalen Ausrichtung, der bereits in den im November 2016 veröffentlichten Vorschlägen der Kommission zur Neufassung der CRR (CRR II-COM)⁷ und CRD IV (CRD V-COM)⁸ zu erkennen gewesen war, zog sich als roter Faden nicht nur durch die Entwurfsfassungen der Rechtsakte, sondern auch durch den Reformprozess begleitende Stellungnahmen und Veröffentlichungen.⁹ Er hat dabei eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. Während der Kommissionsvorschlag lediglich einzelne Modifikationen für kleine Institute vorgesehen hatte, enthält die finale Fassung die Klassifikation als

turelle Liquiditätsquote, Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, das Gegenparteiausfallrisiko, das Marktrisiko, Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien, Risikopositionen gegenüber Organismen für gemeinsame Anlagen, Großkredite, Melde- und Offenlegungspflichten und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012, ABl. L 150/1 (CRR II); Richtlinie (EU) 2019/878 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 20.5.2019 zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf von der Anwendung ausgenommene Unternehmen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen, ABl. L 150/253 (CRD V); Richtlinie (EU) 2019/879 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 20.5.2019 zur Änderung der Richtlinie 2014/59/EU in Bezug auf die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungskapazität von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und der Richtlinie 98/26/EG, ABl. L 150/296; Verordnung (EU) 2019/877 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 20.5.2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 in Bezug auf die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungskapazität von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, ABl. L 150/226. Im Folgenden werden die Kapitaladäquanzverordnung und -richtlinie in ihren modifizierten Fassungen durch diese am 27.6.2019 in Kraft getretenen Änderungsrechtsakte als CRR II und CRD V bezeichnet.

⁷ Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in Bezug auf die Verschuldungsquote, die strukturelle Liquiditätsquote, Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, das Gegenparteiausfallrisiko, das Marktrisiko, Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien, Risikopositionen gegenüber Organismen für gemeinsame Anlagen, Großkredite, Melde- und Offenlegungspflichten und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012, Brüssel, 23.11.2016, COM(2016) 850 final (CRR II-COM).

⁸ Europäische Kommission, Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf von der Anwendung ausgenommene Unternehmen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen, Brüssel, 23.11.2016, COM(2016) 854 final (CRD V-COM).

⁹ Nicht nur in Europa, auch auf der internationalen Ebene wurde dem Thema in den letzten Jahren vermehrt Aufmerksamkeit zuteil. So hat beispielsweise der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht vor diesem Hintergrund die Proportionalitätsansätze in verschiedenen Rechtsordnungen untersucht und bewertet (Abschnitt C.I.). Auch der Internationale Währungsfonds hatte das Thema der Proportionalität bei seinem Jahrestreffen 2017 in Washington, D.C. auf die Tagesordnung gesetzt und unter dem Titel „Small Is Beautiful – Regulatory Approaches for Non-Systemic Banks“ eine diesbezügliche Diskussionsrunde abgehalten.

kleines und nicht komplexes Institut (Small and Non-Complex Institution, SNCI), an die verschiedene Modifikationen anknüpfen.

Zu verstehen ist dieser Fokus auf das untere Ende des Größenspektrums als Kontrapunkt zu einer Vielzahl an tiefgreifenden Reformen der Bankenaufsicht und -regulierung im letzten Jahrzehnt, die stark auf große, systemrelevante Institute und die von ihnen für das Finanzsystem ausgehenden Gefahren ausgerichtet waren und daher den Komplexitätsgrad des Bankenaufsichtsrechts deutlich erhöht haben.¹⁰ In Europa wurde zudem im Nachgang der jüngsten Finanzkrise die Regulierungs- und Aufsichtsarchitektur nicht nur inhaltlich geschärft, sondern in weitreichender Hinsicht auch institutionell europäisiert.¹¹ Aus der Institutsperspektive erforderte diese Welle an Reformen daher nicht nur mit hohem finanziellen Aufwand einhergehende, kontinuierliche Anpassungen der Risikovorkehrungen; die Institute sahen sich auch mit für sie neuen Standardsetzern und Aufsehern konfrontiert.

Obleich weiterhin ein Grundkonsens besteht, dass Regulierung und Aufsicht vor der Finanzkrise nicht den an sie zu stellenden Anforderungen gewachsen waren,¹² werden die Auswirkungen der tiefgreifenden Reformen und insbesondere das durch sie erreichte Maß an Komplexität mittlerweile zunehmend kritisch bewertet.¹³ Dies gilt speziell im Hinblick auf kleine und damit einhergehend oft risikoarme Institute, die zwar nicht im Fokus der kriseninduzierten Reformen standen, aufgrund des von der Europäischen Kommission verfolgten umfassenden Harmonisierungsansatzes aber dennoch von ihnen erfasst sind. Aus ihrem Kreis wurde daher die Forderung eines gerade am unteren Ende des Größenspektrums stärker differenzierenden regulatorischen Zugriffs erhoben, die mittlerweile nicht nur in Europa mit der CRR II/CRD V-Reform, sondern auch global immer mehr Fürsprecher findet.¹⁴

¹⁰ Vgl. *Buttigieg/Consiglio/Sapiano*, ECFR 2020, 437, 449; *Schüller*, in: Baxmann (Hrsg.), *Bankenregulierung*, S. 89, 90; *Gai u. a.*, Reports of the Advisory Scientific Committee No. 8, S. 5; *Dombret*, *Bankenregulierung und ihre Folgen*, in: Kuna (Hrsg.), *Stabile Banken*, S. 97, 101 f.; *Mendelsohn*, *Systemrisiko*, S. 137 ff.; *Schackmann-Fallis/Weiß/Gischer*, ZfgK 2016, 1052; *Wundenberg*, *Europäisches Bankenaufsichtsrecht*, § 18 Rn. 15. *Wuermeling*, ZfgK 2019, 272 sprach von einem „Reformmarathon seit der Finanzkrise“.

¹¹ *Gai u. a.*, Reports of the Advisory Scientific Committee No. 8, S. 5.

¹² *Baxmann*, in: ders. (Hrsg.), *Bankenregulierung*, S. 1, 2; *Schackmann-Fallis/Weiß/Gischer*, ZfgK 2016, 1052, 1055; *De Nederlandsche Bank*, *Proportional and Effective Supervision*, S. 4.

¹³ Vgl. *Stern*, ZFR 2020, 293.

¹⁴ Vgl. *Buttigieg/Consiglio/Sapiano*, ECFR 2020, 437, 449; *Wundenberg*, *Europäisches Bankenaufsichtsrecht*, § 18 Rn. 15.

II. Kontinuierlicher Komplexitätszuwachs der Bankenregulierung und -aufsicht

Obwohl die Messung des Komplexitätsgrads von Vorschriften mit Schwierigkeiten behaftet ist,¹⁵ wird mit Blick auf das Bankenaufsichtsrecht gemeinhin konstatiert, dass dieser im Gleichlauf mit der Komplexität des Bankgeschäfts¹⁶ kontinuierlich zunehme.¹⁷

¹⁵ Herangezogen werden daher indirekte Näherungswerte wie die Länge der Vorschriften, die resultierenden Compliance-Kosten und die zu ihrer Überwachung erforderlichen aufsichtlichen Ressourcen. Zudem werden Analysen der sprachlichen Komplexität der Gesetzestexte durchgeführt. Zu den verschiedenen Ansätzen *Colliard/Georg*, CEPR Discussion Paper DP14377, S. 2; *Gai u. a.*, Reports of the Advisory Scientific Committee No. 8, S. 11 f.; *Haldane/Maduros*, The Dog and the Frisbee, Speech at the Federal Reserve Bank of Kansas City's 366th Economic Policy Symposium, S. 9 f.; *Amadjarif u. a.*, Bank of England Staff Working Paper No. 834, S. 2.

¹⁶ Vgl. *Alexander*, Principles of Banking Regulation, S. 27 ff., der die historische Entwicklung hin zu der Dominanz des Modells großer Universalbanken, die damit einhergehenden Risiken aber auch ihre Vorteile für die Volkswirtschaft nachzeichnet; *Goldberg/Meehl*, Federal Reserve Bank of New York Staff Report No. 880, S. 3 f., die organisatorische, geschäftspolitische und geografische Dimensionen der Komplexität ausmachen und *Miklaszewska*, in: Sjögren u. a. (Hrsg.), Governance, Regulation and Bank Stability, S. 129, 131, die einen Komplexitätsanstieg des Bankgeschäfts infolge der Phase der Deregulierung vor der jüngsten Finanzkrise feststellt. Umfassend zu dem Begriff der Komplexität, der Finanzkrise als „Musterbeispiel für das chaotische und komplexe Verhalten des hochgradig vernetzten Wirtschaftssystems“ (S. 31) und der sich daraus ergebenden Schwierigkeiten für das Recht *Zollner*, Komplexität und Recht, S. 40 ff. (Begrifflichkeit) und S. 47 ff. (Rechtsproblem).

¹⁷ Grundsätzlich zu dem regelmäßig gleichläufigen Anstieg der Komplexität der Regelungsbereiche und der Rechtsordnung *Towfigh*, Der Staat 2009, 29 f.; *Zollner*, Komplexität und Recht, S. 32. Zu der Annahme zunehmender Komplexität des Bankenaufsichtsrechts *Aikman u. a.*, Bank of England Financial Stability Paper No. 28, S. 4 und 9 ff.; BCBS, Balancing Risk Sensitivity, Simplicity and Comparability, S. 9: „[...] regulatory regimes have a natural tendency to accumulate complexity over time, as rules are refined to hinder arbitrage and to accommodate innovations or ‚difficult cases‘.“; *Dombret*, Gleiches (Aufsichts-)Recht für alle?, Rede beim Bankenabend in der Hauptverwaltung Stuttgart, 22.2.2017; *Gai u. a.*, Reports of the Advisory Scientific Committee No. 8, die sich umfassend mit möglichen Gründen auseinandersetzen und die Zunahme an Komplexität des Bankenaufsichtsrechts sowohl in Entwicklungen im Markt als auch im Aufsichtsrecht selbst begründet sehen: „Regulatory complexity stems from supply-side and demand-side factors“ (S. 2); *Fest*, Regulierung von Banken, S. 187 f.; *Stern*, ZFR 2017, 55; *Stern*, Bankenaufsichtsrecht, S. 15 und 289 ff.; *Stourmaras*, Speech by the Governor of the Bank of Greece at the Conference on “Proportionality in European Banking Regulation”; *Paul*, Umbruch der Bankenregulierung, in: Hofmann (Hrsg.), Basel III, S. 3, 68; *Masera*, PSL Quarterly Review 67 (2014), 381, 412. Zunehmende Komplexität ist darüber hinaus eine das gesamte Bank- und Finanzmarktrecht betreffende Thematik. Siehe beispielsweise zum MiFID II-Regime *Krüger Andersen*, ECFR 2020, 692, passim.

Um den zugrunde liegenden Begriff der Komplexität rankt sich eine eigene Wissenschaft, die, ausgehend von dem lateinischen Wortursprung *complexar* (um- und erfassen, umarmen, umgeben)¹⁸ und einem allgemeinsprachlichen Verständnis komplexer Sachverhalte als vielschichtig und kompliziert, bislang keine einheitliche, disziplinübergreifende Definition hervorgebracht hat, sondern vielmehr die Tauglichkeit einer umfassenden Definition grundsätzlich in Frage stellt.¹⁹ Einigkeit herrscht jedoch insoweit, dass Komplexität ein Systeme kennzeichnender, gradueller Begriff ist (Komplexitätsgrad).²⁰ Dieses Komplexitätsverständnis erfasst neben der reinen Anzahl der ein System kennzeichnenden Faktoren besonders nicht-lineare Verknüpfungen dieser Faktoren als Komplexitätskriterien.²¹

In diesem Sinne folgt der steigende Komplexitätsgrad des Bankenaufsichtsrechts sowohl aus einer zunehmenden Zahl an Vorschriften, ihrer Vielschichtigkeit und ihrem Detailgrad als auch aus den aus ihrem Zusammenwirken resultierenden Abstimmungserfordernissen.²² Die Entwicklung der Eigenmittelanforderungen des Basler Akkords, der auch das europäische Bankenaufsichtsrecht maßgeblich geprägt hat und weiterhin prägt, verdeutlicht dies.²³

1. Standardsetzung des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht

a) Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Die Entwicklung moderner Informationstechnologien, einhergehend mit einem Klima der Internationalisierung und später auch der Liberalisierung, führte seit den 1960er Jahren zu strukturellen Veränderungen der Bankenbranche.²⁴ Institute bauten nicht nur ihre internationale Präsenz aus, sondern wurden auch zunehmend auf den Kapitalmärkten aktiv, wodurch ihre Geschäftsmodelle und ihre

¹⁸ Zollner, Komplexität und Recht, S. 41.

¹⁹ Umfassend Zollner, Komplexität und Recht, S. 40 ff.

²⁰ Zum wissenschaftlichen Komplexitätsverständnis auf einer Skala von „einfach“ bis „komplex“ Zollner, Komplexität und Recht, S. 41 f.

²¹ Towfigh, Der Staat 2009, 29, 31 f.; Zollner, Komplexität und Recht, S. 45 f.

²² Dombret, Bankenregulierung und ihre Folgen, in: Kuna (Hrsg.), Stabile Banken, S. 97, 101 f.; Dombret, Cui Bono?, in: Kuna (Hrsg.), Stabile Banken, S. 171, 175. Vgl. zu zunehmender Komplexität als Herausforderung für insbesondere kleine Institute auch Wundenberg, Europäisches Bankenaufsichtsrecht, § 17 Rn. 8 f.

²³ Binder, in: ders./Glos/Riepe (Hrsg.), Handbuch Bankenaufsichtsrecht, § 1 Rn. 4 bezeichnet die Internationalisierung und Europäisierung daher als „von vornherein wechselbezüglige Phänomene“.

²⁴ Kaufhold, Systemaufsicht, S. 39; Kaufhold, ZVglRWiss 117 (2018), 415, 417; Lastra, in: Chiti/Santoro (Hrsg.), European Banking Union Law, S. 3, 7.

Risikoprofile komplexer wurden.²⁵ Insbesondere der durch Devisenspekulationen ausgelöste Zusammenbruch der Herstatt Bank im Jahr 1974,²⁶ dessen Folgen nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Zahlungs- und Abwicklungssystemen der Vereinigten Staaten zu spüren waren, führte die aus der internationalen Vernetzung resultierenden Interdependenzen vor Augen.²⁷ Zur Wahrung der weltweiten Finanzstabilität und fairer Wettbewerbsbedingungen sowohl zwischen den Instituten als auch zwischen den nationalen Märkten setzte sich daher die Erkenntnis durch, dass die Regulierung weltweit aktiver und vernetzter Banken auf einheitlichen Standards fußen und ihre Aufsicht koordiniert erfolgen sollte.²⁸

Zu diesem Zweck gründeten im Jahr 1974 die Präsidenten der Zentralbanken der G10-Staaten den Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS).²⁹ Dieses bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich angesiedelte Komitee aus Vertretern von Zentralbanken und Bankenaufsichtsbehörden dient nicht nur als Kommunikationsforum, sondern hat sich auch zum Standardsetzer der Bankenregulierung und -aufsicht entwickelt.³⁰ Mittlerweile zählt es Vertreter von 45 Institutionen aus 28 Jurisdiktionen (27 Staaten und die Europäische Union);³¹ Nichtmitgliedstaaten können ihre Ansichten über die Basel Consultative Group einbringen.³² Während die Regulierungsinitiativen des Basler Ausschusses historisch eigeninitiativ angestoßen und in

²⁵ Kaufhold, Systemaufsicht, S. 40.

²⁶ Umfassend Rudolph, in: Lindenlaub/Burhop/Scholtyssek (Hrsg.), Schlüsselereignisse, S. 402, 403 ff.

²⁷ Binder, Bankeninsolvenzen, S. 58 f. und 332 f.; Buchmüller, Basel II, S. 19; Kaufhold, Systemaufsicht, S. 57; Koslowski, Europäische Bankenaufsichtsbehörde, S. 30; Lastra, in: Chiti/Santoro (Hrsg.), European Banking Union Law, S. 8; Osman, Bankenaufsicht, S. 5 f.; Tarullo, Banking on Basel, S. 197.

²⁸ Zu der anfänglichen Schwerpunktsetzung des Basler Ausschusses auf eine Koordinierung der Aufsichtstätigkeit und seiner Hinwendung zu Mindestanforderungen an die Kapitalausstattung in den 1980er Jahren Emmenegger, in: Grote/Marauhn (Hrsg.), International Financial Markets, S. 230 f. Zu seiner bereits damaligen Fokussierung auf das Ziel der weltweiten Finanzstabilität Kaufhold, ZVglRWiss 117 (2018), 415, 418.

²⁹ Binder, in: ders./Glos/Riepe (Hrsg.), Handbuch Bankenaufsichtsrecht, § 1 Rn. 5; Theissen, EU Banking Supervision, S. 87 ff.; Wundenberg, Europäisches Bankenaufsichtsrecht, § 1 Rn. 18.

³⁰ Emmenegger, in: Grote/Marauhn (Hrsg.), International Financial Markets, S. 224, 225 f.; Lastra, in: Chiti/Santoro (Hrsg.), European Banking Union Law, S. 8 f.

³¹ Binder, in: ders./Glos/Riepe (Hrsg.), Handbuch Bankenaufsichtsrecht, § 1 Rn. 5; Hasse, Standardsetzung, S. 56.

³² Zur Umsetzung der Standards durch Staaten, die nicht im Basler Ausschuss vertreten sind Tarullo, Banking on Basel, S. 65 f. Die Bedeutung der Beschlüsse auch für Staaten, die nicht Mitglieder sind, ergibt sich indirekt dadurch, dass sowohl der Internationale Währungsfonds als auch die Weltbank die Vorgaben bei der Überprüfung lokaler Finanzsysteme heranziehen

Arbeitsgruppen entwickelt worden waren, nahmen die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten das Komitee im Nachgang der Finanzkrise von 2009 in die Pflicht,³³ die internationalen Mindestvorgaben risikoorientierter auszugestalten und insbesondere den aus Verflechtungen zwischen Instituten resultierenden Gefahren deutlicher Rechnung zu tragen,³⁴ wodurch der Basler Ausschuss zu einer zentralen Größe im internationalen politischen und regulatorischen Gefüge geworden ist.³⁵

b) Eigenkapitalstandards

Den Ausgangspunkt der eigenmittelbezogenen Abkommen des Basler Ausschusses – Basel I – bildeten im Jahr 1988 Vorgaben vordergründig quantitativer Natur zum Eigenkapital und zur Gewichtung von Kreditrisiken.³⁶ Sie verfolgten das Ziel, einheitliche Wettbewerbsbedingungen für große, international aktive Institute zu schaffen.³⁷ Seitdem, verstärkt jedoch im letzten Jahrzehnt, wurden die internationalen Standards zu Regulierung und Aufsicht sowohl vereinheitlicht als auch inhaltlich ausgedehnt.³⁸

Die 1990er Jahre brachten durch das Aufkommen von Derivaten und Verbriefungen umfassende Veränderungen im Bankgeschäft und auch eine weiter zunehmende internationale Vernetzung mit sich.³⁹ Diese Entwicklung, verbunden mit den Fortschritten im internen Risikomanagement der Institute selbst, ließ Basel I daher zu rudimentär erscheinen.⁴⁰ Eine wesentliche Erweiterung erfuhr das Regelwerk in der Folge mit der Erfassung von Marktrisiken durch das Mar-

und ihre Einhaltung Grundlage der Gewährung finanzieller Hilfen sein kann. Zusammenfassend hierzu *Osman*, Bankenaufsicht, S. 94 f.

³³ Zur G20-Gruppe und ihren Koordinierungsimpulsen hin zu einer internationalen Finanzmarktregulierung *Hasse*, Standardsetzung, S. 15 f.

³⁴ *Osman*, Bankenaufsicht, S. 19. Ungeachtet dessen leitet sich die Rechtskraft der Empfehlungen des Basler Ausschusses allein aus ihrer Umsetzung in den nationalen Rechtsordnungen ab.

³⁵ Insgesamt zu den Arbeiten des Basler Ausschusses, die neben Vorgaben zu Eigenmittelanforderungen auch die Bereiche Aufsichtszuständigkeiten und Aufsichtsstandards, gerade auch bei Finanzkonglomeraten, Corporate Governance, sowie die Ausgestaltung von Einlagensicherungs- und Abwicklungsregimen betreffen *Binder*, in: ders./Glos/Riepe (Hrsg.), Handbuch Bankenaufsichtsrecht, § 1 Rn. 6.

³⁶ BCBS, International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards. Hierzu *Kaufhold*, ZVglRWiss 117 (2018), 415, 419; *Kosłowski*, Europäische Bankenaufsichtsbehörde, S. 31; *Tarullo*, Banking on Basel, S. 45 ff.

³⁷ BCBS, Balancing Risk Sensitivity, Simplicity and Comparability, S. 5.

³⁸ *Weiland*, ZfgK 2019, 1100 f.; *Haldane/Neumann*, in: Beck/Casu (Hrsg.), European Banking, S. 323, 328 ff.

³⁹ BCBS, Balancing Risk Sensitivity, Simplicity and Comparability, S. 6.

⁴⁰ *Castro Carvalho u. a.*, FSI Insights on Policy Implementation No. 1, S. 4.

ket Risk Amendment im Jahr 1996.⁴¹ Darin wurde nicht nur die Unterscheidung zwischen dem Handels- und dem Bankenbuch etabliert,⁴² es wurde auch ein Wahlrecht zwischen einem Standardansatz und der Nutzung interner Modelle zur Berechnung von Marktrisiken eingeräumt.⁴³ Dies stellte einen grundlegenden Richtungswandel im Vergleich zu dem One-size-fits-all-Ansatz der Eigenmittelvorgaben durch Basel I dar.⁴⁴ Inhaltlich hat sich mittlerweile auch das Kernstück der Eigenkapitalregulierung in diese Richtung entwickelt. Ein wesentlicher Kritikpunkt an Basel I war, dass die Einteilung der Aktiva in vier Risikoklassen den tatsächlichen Risiken nicht gerecht wurde.⁴⁵ Veranschaulichen lässt sich dies an dem Beispiel, dass Kredite an Unternehmen stets einer einheitlichen Risikogewichtung unterlagen, d. h. keine Differenzierung anhand der Kreditwürdigkeit der Schuldner erfolgte.⁴⁶ Angesichts der damals vorherrschenden Meinung, dass die wenig ausdifferenzierten Ansätze die tatsächlichen Risiken unzureichend abbildeten,⁴⁷ gepaart mit der verstärkten Nutzung von Modellen im internen Risikomanagement der Banken,⁴⁸ wurde daher im Jahr 2004 durch Basel II eine individualisierte und weitaus komplexere Risikobestimmung ermöglicht, indem zusätzlich zu dem *aufsichtlichen Standardansatz* (Standardised Approach) eine Wahlmöglichkeit zwischen zwei *internen Ratingsansätzen* eingeräumt wurde.⁴⁹ Der *Basisansatz* (Foundation Internal Ratings-Based Approach, F-IRBA) richtet sich an kleine und mittelgroße Banken.⁵⁰ Für eine kleine Zahl von Banken steht daneben der *fortgeschrittene Ansatz* (Advanced Internal Rat-

⁴¹ BCBS, Amendment to the Capital Accord to Incorporate Market Risk. Hierzu *Auerbach/Hannemann*, in: Grieser/Heemann (Hrsg.), Europäisches Bankaufsichtsrecht, S. 633; *Tarullo*, Banking on Basel, S. 61 ff.

⁴² BCBS, Balancing Risk Sensitivity, Simplicity and Comparability, S. 6.

⁴³ *Osman*, Bankenaufsicht, S. 97 f.

⁴⁴ BCBS, Balancing Risk Sensitivity, Simplicity and Comparability, S. 6.

⁴⁵ *Koslowski*, Europäische Bankenaufsichtsbehörde, S. 32.

⁴⁶ Ein „grobes Risikoraster“ (*Osman*, Bankenaufsicht, S. 97) war Grundlage der Einteilung der Aktiva in vier Kategorien. Bargeld und OECD-Staatsanleihen unterlagen einer Nullgewichtung. Abgestufte Risikogewichtungen galten für OECD-Banken und Kommunen (20 %) und private Baufinanzierungskredite (50 %). Alle sonstigen Forderungen wurden voll gewichtet. Ebenfalls zur Gewichtung nach Basel I *Tarullo*, Banking on Basel, S. 57 ff., der zudem darauf hinweist, dass die damit einhergehenden Risiken teilweise aus Vereinfachungsgründen bewusst in Kauf genommen wurden (S. 87 f.).

⁴⁷ *Gai u. a.*, Reports of the Advisory Scientific Committee No. 8, S. 24.

⁴⁸ *Tarullo*, Banking on Basel, S. 88 f.

⁴⁹ BCBS, International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards – A Revised Framework. Hierzu *Gai u. a.*, Reports of the Advisory Scientific Committee No. 8, S. 23 ff.; *Osman*, Bankenaufsicht, S. 100 ff.; *Tarullo*, Banking on Basel, S. 104 ff.

⁵⁰ *Osman*, Bankenaufsicht, S. 98 ff.

ings-Based Approach, A-IRBA) zur Verfügung.⁵¹ Daneben wurden auch operationelle Risiken einbezogen und die Eigenmittelanforderungen wurden um weitere Regelungsbereiche erweitert,⁵² sodass in Basel II der Ursprung der heutigen Drei-Säulen-Struktur des Bankenaufsichtsrechts liegt.⁵³ Die klassischen Eigenmittelanforderungen der Säule 1 werden seit Basel II durch qualitative Aufsichts-anforderungen der Säule 2 und Transparenz- und Offenlegungspflichten der Säule 3 ergänzt. Während Säule 2 einem prinzipienbasierten Ansatz folgt, um Risiken, die nicht schon durch die Mindestkapitalanforderungen der Säule 1 abgedeckt sind, zu erfassen, und ein Musterbeispiel risikobasierter Regulierung darstellt,⁵⁴ liegt Säule 3 der Gedanke der Indienstrategie der Marktdisziplin als Mittel der Aufsicht zugrunde.⁵⁵

c) Überarbeitung im Nachgang der Finanzkrise

Ein weiterer Meilenstein der Entwicklung hin zu dem heutigen, von hoher Komplexität gezeichneten Regelwerk war die Überarbeitung des Basler Rahmenwerks in der Folge der jüngsten Finanzkrise, die besonders auch die zu Tage getretenen Mängel im Compliance- und Risikomanagement der Institute adressierte.⁵⁶ In einem ersten Schritt wurden verschiedene, in Anbetracht der Entwicklungen in der Krise als besonders dringend empfundene Sofortmaßnahmen, darunter eine Anpassung der Risikogewichte für Verbriefungen, vorgenommen.⁵⁷ Die an-

⁵¹ Drei Posten sind für den zu erwartenden Verlust relevant: die *Ausfallwahrscheinlichkeit* (Probability of Default), die *im Ausfallzeitpunkt bestehende Forderungshöhe* (Exposure at Default) und die *Verlustquote bei Ausfall* (Loss Given Default). Während ein den Basisansatz heranziehendes Institut lediglich die Ausfallwahrscheinlichkeit selbst ermittelt, beruhen alle Posten im Rahmen des fortgeschrittenen Ansatzes auf einer internen Quantifizierung. Zudem eröffnen die internen Ratingansätze Spielräume hinsichtlich der zulässigen Sicherungsinstrumente. Hierzu *Osman*, Bankenaufsicht, S. 100; *Riepe*, in: Binder/Glos/ders. (Hrsg.), Handbuch Bankenaufsichtsrecht, § 7 Rn. 114 f.

⁵² Zum Gegenstand operationeller Risiken *Hater/Kronbichler*, in: Binder/Glos/Riepe (Hrsg.), Handbuch Bankenaufsichtsrecht, § 7 Rn. 435 ff.

⁵³ *Stern*, Bankenaufsichtsrecht, S. 22; *Koslowski*, Europäische Bankenaufsichtsbehörde, S. 32 ff. Zudem umfangreich zu Basel II und dem Entstehungsprozess *Tarullo*, Banking on Basel, S. 87 ff. und zur Drei-Säulen-Struktur: *Paul*, Umbruch der Bankenregulierung, in: Hofmann (Hrsg.), Basel III, S. 3, 8 ff.

⁵⁴ *Castro Carvalho u. a.*, FSI Insights on Policy Implementation No. 1, S. 4.

⁵⁵ *Osman*, Bankenaufsicht, S. 99.

⁵⁶ Zu den Mängeln der Compliance- und Risikomanagementsysteme als wesentlicher Treiber der Finanzkrise *Wundenberg*, Compliance, S. 4 ff. Umfassend zu der Basler Antwort auf die Finanzkrise *Tarullo*, Banking on Basel, S. 131 ff.

⁵⁷ Hierzu *Scott*, in: Cottier/Jackson/Lastra (Hrsg.), International Law in Financial Regulation, S. 222, 225 f.; *Osman*, Bankenaufsicht, S. 103 f.; *Koslowski*, Europäische Bankenaufsichtsbehörde, S. 36; *Paul*, Umbruch der Bankenregulierung, in: Hofmann (Hrsg.), Basel III, S. 3, 6 f.

schließende Ausarbeitung von Basel III⁵⁸ im Jahr 2010 sowie die darauffolgende Finalisierung von Basel III⁵⁹ aus dem Jahr 2017 berücksichtigten weitere aus der Krise gewonnene Erkenntnisse.⁶⁰ Dabei hatte sich zwar hinsichtlich des Erfordernisses strengerer Kapitalvorgaben ein Konsens gebildet, der durch Basel II eingeschlagene Weg sollte aber in seinen Grundzügen beibehalten werden.⁶¹ Während Basel III daher insbesondere die Quantität und Qualität des aufsichtlichen Kapitals verbesserte, die Berücksichtigung von Kontrahentenrisiken stärkte und zusätzliche Puffer, eine Höchstverschuldungsquote und risikounabhängige Liquiditätsanforderungen vorsah,⁶² lag der Schwerpunkt der Finalisierung auf Anpassungen der Methodik und der Gewichtungen im Rahmen der Bestimmung der risikogewichteten Aktiva. Die grundlegende Differenzierung zwischen dem Standardverfahren und dem Einsatz interner Modelle wurde beibehalten.⁶³

Der aktuelle Stand des Basler Rahmenwerks hat sich insbesondere durch die Inkorporierung neuer Anforderungen an die Liquidität, die Höchstverschuldung und auch durch spezielle Anforderungen an systemrelevante Banken weit von seinem Ausgangspunkt der Festlegung einheitlicher Eigenmittelanforderungen entfernt. Dadurch ist das Regelwerk nicht nur sehr komplex geworden. Die Überwachung der Vielzahl neuer Anforderungen hat zudem die Etablierung neuer Berichtspflichten erforderlich gemacht, sodass auch dadurch die regulatorische Kostenbelastung zugenommen hat.⁶⁴

d) Auswirkungen

Im Zuge regelmäßiger, oft kriseninduzierter Reformen hat sich nicht nur der Basler Ausschuss auf internationaler Ebene als zentraler Standardsetzer etabliert.

Diese ad hoc-Maßnahmen werden in Anbetracht ihrer Stellung zwischen den Reformen oft als „Basel 2.5“ bezeichnet. Hierzu *Auerbach/Hannemann*, in: Grieser/Heemann (Hrsg.), *Europäisches Bankaufsichtsrecht*, S. 638.

⁵⁸ BCBS, *Basel III: A Global Regulatory Framework for More Resilient Banks and Banking Systems*. Hierzu *Koslowski*, *Europäische Bankenaufsichtsbehörde*, S. 36 ff.; *Scott*, in: *Cottier/Jackson/Lastra* (Hrsg.), *International Law in Financial Regulation*, S. 222, 226 ff.

⁵⁹ BCBS, *Basel III: Finalising Post-Crisis Reforms*.

⁶⁰ *Alexander*, *Principles of Banking Regulation*, S. 119; *Osman*, *Bankenaufsicht*, S. 107.

⁶¹ *Osman*, *Bankenaufsicht*, S. 104; *Stern*, *Bankenaufsichtsrecht*, S. 26; *Freis-Janik*, in: *Kümpel u. a.* (Hrsg.), *Bank- und Kapitalmarktrecht*, Rn. 2.182 f.

⁶² *Alexander*, *Principles of Banking Regulation*, S. 106 ff.

⁶³ Vgl. *Alexander*, *Principles of Banking Regulation*, S. 106 ff. (Basel III) und 119 ff. (Finalisierung); *Osman*, *Bankenaufsicht*, S. 107 ff.; *Stern*, *Bankenaufsichtsrecht*, S. 24. Eine wesentliche Neuerung ist allerdings die Einziehung einer Untergrenze (Output Floor). Dieser setzt der Abweichung des ermittelten Kapitalbedarfs durch interne Modelle gegenüber dem Standardansatz Grenzen.

⁶⁴ *Castro Carvalho u. a.*, *FSI Insights on Policy Implementation No. 1*, S. 3.

Sachregister

- Abwicklungspläne 120, 125, 231
- Administrativer Aufwand 71, 113, 120, 151 ff., 166, 203, *siehe auch* IT-Instrument zur Reduktion administrativen Aufwands; Kosten, regulatorisch induzierte
- Agentur 116
- Aktionsplan
 - für Finanzdienstleistungen 13
 - zur Schaffung einer Kapitalmarktunion 125
- Aktiva, risikogewichtete 107, 131
- Alternativer Standardansatz 137
- Angepasste Risikogewichtung u. Nichtanrechnung (Strukturmerkmal proportionaler Rechtsetzung) 163 f.
- Ansatz, fortgeschrittener 8 f.
- Ansteckungseffekte 59, 62, 98
- Anwendungskosten *siehe* Umsetzungs- und Anwendungskosten
- Aufsichtlicher Überprüfungs- u. Bewertungsprozess *siehe* SREP
- Aufsichtsarbitrage 175, *siehe auch* Harmonisierung
- Aufsichtsbezogener Proportionalitätsgrundsatz 35 f.
- Aufsichtsstruktur in Europa 14 ff., *siehe auch* SSM
- Ausfallrisiken derivativer Positionen 133 ff., 159, 164 f.
- Ausnahmen, regelungsbereichsspezifische 107 f., 159 f.
- Austauschgedanke 165, 220

- BaFin
 - Bewertung Entlastung durch prinzipienbasierte Rechtsetzung 247
 - Bewertung europäischer Proportionalitätsansatz 195
 - Klassifizierung von SNCI 161
 - Reformdiskussion CRR II/CRD V 22, 116 ff.
 - Small Banking Box 118 ff.
 - Veranstaltung zur Proportionalität im Bankwesen 197
- Bank für internationalen Zahlungsausgleich 6
- Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD) 231 ff.
- Bank 26
- Bank Run 240
- Bankenaufsicht
 - im SSM 225 ff.
 - Zentralisierung in Europa 14 ff., 20, 88
- Bankenaufsichtsrecht *siehe auch* Rechtsetzung
 - Drei-Säulen-Struktur 9
 - Einheitlichkeit 180 ff.
 - Entwicklung, historische 184 ff.
 - Fragmentierung in Europa 180 ff.
 - Harmonisierung 184 ff. *siehe auch* Harmonisierung
 - Liberalisierung 5
 - Verhältnismäßigkeit 27
- Bankenbuch 8
- Bankenlandschaft *siehe* Bankenmarkt
- Bankenmarkt
 - Bedeutung für Unternehmensfinanzierung in Europa 74 f.
 - Drei-Säulen-Struktur 75 ff.
 - Fragmentation 74
 - Fusionen *siehe* Fusionen
 - in der Schweiz 197 ff.
 - in Deutschland 22, 75 ff., 83 f., 85
 - in Europa 72 ff., 85
 - Heterogenität 45, 74, 99
 - Homogenität 90, 99

- Marktkonzentration *siehe* Marktkonzentration
- Überkapazitäten 84 f.
- Wandel, technologischer 86 f.
- Wirkung von Wettbewerb 91 f.
- Zusammenschlüsse *siehe* Fusionen
- Bankenpaket 1, 25, 195, *siehe auch* CRR II/CRD V
- Bankenrichtlinie 185 f.
- Bankensektor *siehe* Bankenmarkt
- Bankenverordnung *siehe* Schweiz
- Banking Stakeholder Group (BSG) 110
- Bankwesen *siehe* Bankenmarkt
- Basel Committee on Banking Supervision (BCBS) *siehe* Basler Ausschuss für Bankenaufsicht
- Basel I 7, 11, 130
- Basel II 8 f., 13, 103, 185
 - Säule 1 9, 130 ff.
 - Säule 2 9, 35, 103 f.
 - Säule 3 9, 117, 150 f.
- Basel III 10, 14, 186
- Basel III-Monitoring 223
- Basisansatz 8
- Basler Ausschuss für Bankenaufsicht
 - Anwendung der Vorgaben auf kleine Institute in der EU 11 ff.
 - Anwendung der Vorgaben auf kleine Institute in der Schweiz 200
 - Aufsichtsprinzipien 103
 - De-facto-Standardsetzer 103
 - Eigenkapitalstandards 7 ff.
 - Gründung 6
 - Mitglieder 6
 - Regelungsadressaten 21, 103
 - Standardsetzer, zentraler 6, 10
 - Stellenwert Proportionalität 103 f.
 - Studien zu Proportionalität 104 ff.
 - Ziele 103
- Basler Eigenmittelakkord *siehe* Basel I; Basel II; Basel III
- Bedeutende Institute *siehe* SIs
- Befolgungskosten 64 f., *siehe auch* Kosten, regulatorisch induzierte
- Befreiungen 105, 164, 169
- Better Regulation 167, 252
- Beurteilungsspielraum 39, 241 f.
- Binnenmarkt
 - als Kernziel europäischer Integration 175
 - Ausmaß grenzüberschreitender Aktivität 176 f.
 - Bankenregulierung als Instrument 176
 - Begriff 175
 - Finanzbinnenmarkt 176 f.
 - Förderungsgedanke 177
 - Harmonisierungsziel 175, *siehe auch* Harmonisierung
 - Integration 175 ff.
 - Level Playing Field *siehe* Level Playing Field
 - Liberalisierung 176
 - Rechtsetzung, kleinbankenspezifische 170 ff.
 - Wettbewerbsregeln 174
- BRRD (Bank Recovery and Resolution Directive) 231 ff.
- BSG (Banking Stakeholder Group) 110
- Bürokratiekosten 64 f., *siehe auch* Kosten, regulatorisch induzierte
- Community Bank Leverage Ratio Framework 219
- Community Banks 219
- Compliance Tool 158 f.
- Compliance-Kosten *siehe auch* Kosten, regulatorisch induzierte
 - Begriff 64 f., 67
 - Implementierungskosten 68
 - informationelle 66
 - laufende 68
 - substantielle 66
- Corporate Governance 107, 202, 207 ff.
- CRD (Capital Requirements Directive) 185 f.
- CRD II 186
- CRD III 186
- CRR II/CRD V *siehe auch* Bankenpaket
 - Anwendungsbereich 125 f., 164
 - Genese 121 ff.
 - Neuregelungen, proportionalitätsbezogene 125 ff.
 - Reformdiskussion 109 ff.
 - Trilog-Verhandlungen 123
- CRR II-COM/CRD V-COM 122
- CRR II-ECOFIN/CRD V-ECOFIN 122 f.
- CRR II-ECON/CRD V-ECON 123

- CRR II-ECON-E/CRD V-ECON-E 122
 CRR III/CRD VI 186
 CRR Light 225
 CRR/CRD IV 186
- Anwendungsbereich 125
 - Institute, ausgenommene 125
 - Kritik unzureichender Proportionalität 109, 121, 124
 - Proportionalität nach unten 107 ff.
- De-Larosière-Bericht 16, 171 f.
- Dialog Aufsicht – Marktteilnehmer *siehe auch* Prinzipienbasierte Rechtsetzung
- in der Schweiz 203, 248
 - in Europa 248 f.
- Dienstleistungsfreiheit 27, 175 f.
- Differenzierungsansätze (Strukturmerkmal proportionaler Rechtsetzung) 105 f., 159 ff.
- Differenzierungskriterien (Strukturmerkmal proportionaler Rechtsetzung) 105 f.
- Dokumentation 208 f.
- Doppelte Proportionalität
- Abgrenzung proportionale Rechtsetzung 42 f., 55 f.
 - Abgrenzung Verhältnismäßigkeit 31, 36 ff.
 - Begriff 35 f.
 - im Bankenaufsichtsrecht 35 f.
 - im Versicherungsaufsichtsrecht 33 ff.
 - in der Schweiz 215
 - institutsindividuelles Risiko als Maßstab 41
 - Proportionalitätsgrundsatz, aufsichtsbezogener 35 f.
 - Proportionalitätsgrundsatz, materiellrechtlicher 35
 - u. prinzipienbasierte Rechtsetzung 38 ff.
- EBA 16 f.
- EBA-SREP-Leitlinien *siehe auch* SREP
- Grundlage verhältnismäßiger Aufsicht 230
 - Kategorie 1 230
 - Kategorie 2 231
 - Kategorie 3 231, 244
 - Kategorie 4 231, 243 ff.
 - Kategorisierung 230 f.
- Kriterien 230 f.
 - Überarbeitung 2022 243 f.
 - Vereinheitlichung mit SNCI-Klassifikation 243 ff.
 - Zweck 230
- Economic Growth, Regulatory Relief, and Consumer Protection Act 218 f.
- EFSF (Europäische Finanzstabilitätsfazilität) 227 f.
- Eidgenössische Finanzmarktaufsicht *siehe* FINMA
- Eigenmittelanforderungen *siehe auch* Basel I; Basel II; Basel III
- Aktiva, risikogewichtete 107, 131
 - Ansatz, fortgeschrittener 8 f.
 - Ansatz, prinzipienbasierter 130
 - Ansatz, regelbasierter 130
 - Aufbau, modularer 107, 115, 130 f.
 - Basisansatz 8
 - Detailtiefe, zunehmende 11
 - Eigenmittel, Quantität u. Qualität 130 f.
 - Entwicklung 19, 130
 - Ergänzungskapital 131
 - Ermittlung u. Gewichtung der Risiken 131
 - Gesamtquote 131
 - IRB-Ansätze 8 f., 131
 - Kernkapital, hartes 130 f.
 - Kernkapital, zusätzliches 131
 - Komplexität 11, 130
 - Kreditrisiken 131
 - Marktrisiken 131
 - Mindestquote 130 f.
 - Modelle, interne 8 ff., 126 ff., 131, 133
 - Puffer 10, 107, 130, 131, 140, 207, 220
 - Qualitätsklassen 130 f.
 - Ratingansätze, interne 8 f., 131
 - Regelungskonzept 130
 - Risiken, operationelle 131
 - Risikoermittlung u. -gewichtung (Neuregelungen CRR II/CRD V) 133 ff.
 - Risikoproportionalität 107, 131
 - SREP 131 ff., *siehe auch* SREP
 - Standardansatz, aufsichtlicher 8, 131
 - Überarbeitung nach Finanzkrise 9 f.
 - Vollharmonisierung 130, 187
- Eigenmittelrichtlinie 185
- Eigenmittelverordnung *siehe* Schweiz

- Ergänzungskapital 131
- Erkaufen von Erleichterungen *siehe*
Kompensationsgedanke
- Ermessensspielräume 172, 182
- Erste Bankenrechtskoordinierungsrichtlinie 184
- Erste Kodifizierungsrichtlinie 185
- ESAs (European Supervisory Authorities) 16, 187
- ESFS (Europäisches System der Finanzaufsicht) 16
- ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) 17, 227 f.
- EU-Agentur 116
- Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) 227 f.
- Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) 17, 227 f.
- Europäisches System der Finanzaufsicht (ESFS) 16
- European Supervisory Authorities (ESAs) 16, 187
- Financial Stability Institute (FSI) 104, 225
- Finanzbinnenmarkt 176, *siehe auch*
Binnenmarkt
- Finanzkrise
- Auswirkungen auf Aufsichtsstruktur 14 ff.
 - Betroffenheit nach Institutgröße 99, 199
 - Europäisierung 14 ff., 186
 - Marktkonzentration 74
 - Reformen, kriseninduzierte 3, 9 f., 15 ff., 111
 - Risiken, systemische 98, *siehe auch* Systemische Risiken; Systemrelevanz
 - stabilisierende Wirkung kleiner Institute 66, 99
 - Vergütungsvorgaben 146, *siehe auch* Vergütungsvorgaben
- Finanzmarktaufsicht Österreich (FMA) 116
- Finanzstabilität
- als Ziel des SSM 175, 178 ff.
 - Ansteckungseffekte 59, 62, 98
 - Aufsichtskoordination 6
 - Bedeutungszuwachs seit Finanzkrise 175
 - Begriff 97
 - Kerngedanke 97
 - Marktheterogenität 66, 99
 - Systemische Risiken 97 f., *siehe auch* Systemische Risiken
 - Systemrelevanz 98, *siehe auch* Systemrelevanz
 - Vereinheitlichung Rechtsetzung 6
 - Vernetztheit 98, *siehe auch* Vernetztheit
 - Aufsichtskoordination 6
- Finanzsystem
- bankenbasiert 93
 - marktbasierend 93
- Finanzsystemstabilität *siehe* Finanzstabilität
- FINMA (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht)
- Aufnahmeantrag Kleinbankenregime 206
 - Aufsicht, risikoorientierte 200
 - Bewertung Kleinbankenregime 210
 - Dialog mit Marktteilnehmern 203, 248
 - Expertenpanel 203
 - Kategorisierung der Institute zu Aufsichtszwecken 200 f.
 - Kleinbankensymposien 203
 - Rechtsetzung, prinzipienbasierte 202, 216 f.
 - Regulierungsgrundsätze 202
 - RS 16/1 „Offenlegung – Banken“ 207
 - RS 17/1 „Corporate Governance – Banken“ 208 f.
 - RS 18/3 „Outsourcing – Banken und Versicherer“ 209 f.
 - RS 8/21 „Operationelle Risiken – Banken“ 207 f.
- FinTechs 86 f.
- Fixkosten
- Bankenaufsichtsrecht 44
 - Begriff u. Beispiele 68
 - Belastung für kleine Institute 221
 - Fixkostendegression 68
 - Reduktion im Schweizer Kleinbankenregime 213
 - Vorgaben, risikoadäquater 215
- FMA (Finanzmarktaufsicht Österreich) 116
- Folgenabschätzung 167, 251
- Förderbanken 23, 125, 232
- Fortgeschrittener Ansatz 8 f.
- FSI (Financial Stability Institute) 104, 225
- Fundamental Review of the Trading Book 122, 135 f.
- Fusionen *siehe auch* Marktkonzentration

- Auswirkungen auf Kreditvergabe 95
- Auswirkungen auf lokale Wirtschaftslage 96
- Bereitschaft der Institute 89
- im europäischen Bankenmarkt 74
- Sparkassen 80 f.

- Genossenschaftsbanken 81 ff., *siehe auch* Volks- u. Raiffeisenbanken
- Genossenschaftsidee 81
- Gesetzesfolgekosten 64 f., *siehe auch* Kosten, regulatorisch induzierte
- Gesetzgebungsverfahren 172 f.
- Gestaltungsspielräume 34, 41, 108, 182, 187, 247
- Gleichbehandlungsgebot
 - Abgrenzung proportionale Rechtsetzung 53 ff.
 - Begriff 53 f.
 - Einschätzungsprärogative 54 f.
 - Vergleichsobjekt 55
- Gleichheitssatz *siehe* Gleichbehandlungsgebot
- Gold Plating 182, 251
- Grenzüberschreitende Aktivität *siehe* Binnenmarkt
- Großkredite 107, 154, 157, 185
- Grundfreiheiten 27, 172 f., 176
- Grundrechte 27, 51, 54
- Grundsatz
 - Begriff 49 f.
 - der begrenzten Einzelermächtigung 173
 - der doppelten Proportionalität *siehe* Doppelte Proportionalität
 - der Verhältnismäßigkeit *siehe* Verhältnismäßigkeit
- Guided Discretion
 - Determinanten des Erfolgs 250
 - in CRR II/CRD V 169, 247
 - Verbreitung, weltweit 167

- Handelsbuch 8
- Handelsbuchtätigkeiten (Neuregelungen CRR II/CRD V) 135 ff.
- Handelshemmnisse 175, 189, *siehe auch* Wettbewerb; Harmonisierung
- Harmonisierung *siehe auch* Level Playing Field
 - als Ziel der Kommission 3, 12 f., 125, 172
 - Ausmaß grenzüberschreitender Aktivität 176 f.
 - Bedeutung im SSM 181, 183
 - Begriff 184
 - durch Aufsichtskoordination 186 f.
 - Entwicklung, historische 184 ff.
 - Finanzstabilität 175
 - Harmonisierungskompetenzen 172 f.
 - im SREP 140
 - Kernnorm 173
 - Kompatibilität differenzierender Regelungsansätze 184 ff.
 - Mindestharmonisierung 172, 186
 - Schranken der Kompetenzerübung 173 f.
 - Subsidiaritätserwägungen 173 ff.
 - unproportionale 171
 - Verordnung als Handlungsinstrument 187
 - Versicherungsaufsichtsrecht 172
 - Vollharmonisierung 130, 187
 - Wettbewerbsbedingungen 12 ff., 171, 175
- Hartes Kernkapital 130 f.
- Hausbankprinzip 93
- Herkunftslandprinzip 186
- Herstatt Bank 6
- Heterogenität *siehe* Bankenmarkt
- Höchstverschuldungsquote
 - Basel III 10, 121 f.
 - Belastung für Institute 110 f., 142 f.
 - Community Bank Leverage Ratio 219
 - Nichtanrechnungen (Neuregelungen CRR II/CRD V) 142 ff., 163
 - Schweizer Kleinbankenregime 206 f., 213, 222 f.
 - Herangehensweise, unproportionale 142
- Homogenität *siehe* Marktkonzentration

- Idiosynkratische Risiken
 - Begriff 58 f.
 - Relevanz für SNCI-Klassifikation 212 f., 221
 - Zusammenhang Institutsgröße 59
- IFD (Investment Firm Directive) 190
- IFR (Investment Firm Regulation) 190
- Indikatorbasiertes Modell (BRRD) 241, 245

- Institut
- bedeutendes *siehe* SIs
 - Begriff 26
 - global systemrelevantes 60f.
 - kleines *siehe* Kleine Institute
 - öffentlich-rechtliches 78 ff.
 - Profitabilität 85, 87 f., 91
 - systemrelevantes 3, 10, 60 f., 98, 119, 129, 201, 218, 240
 - weniger bedeutendes *siehe* LSIs
- Institutsbezogenes Sicherungssystem 60 f., 128, 143, 240
- Integration *siehe* Binnenmarkt
- Internal Ratings Based Approaches (IRB-Ansätze) 8 f., 131
- Internationalisierung 5
- Internes Risikomanagement 7 ff., 35, 38, 41 f.
- Investment Firm Directive (IFD) 190
- Investment Firm Regulation (IFR) 190
- IRB-Ansätze (Internal Ratings Based Approaches) 8 f., 131
- IT-Instrument zur Reduktion administrativen Aufwands 158 f.
- Kalibrierungsklausel 40 f., 108 f., 147 f., 207 f.
- Kapitalpuffer 10, 107, 130, 131, 140, 207, 220
- Kapitalverkehrsfreiheit 27, 176
- Kapitalvorgaben *siehe* Eigenmittelanforderungen
- Kernkapital
- hartes 130 f.
 - zusätzliches 131
- Key Metrics 207
- Klassifizierungsansatz
- abstrakter 25, 106, 169 f., 210, 218, 225
 - Bedeutung der Festlegung der Kriterien 218
 - im Gegensatz zum spezifischen Ausnahmeansatz 105 f.
 - in der Schweiz 200 f., 210
 - Vereinheitlichung bestehender Ansätze *siehe* Vereinheitlichung Klassifizierungsansätze
 - Vorschläge Deutschland und Österreich 116 ff.
- Kleinbankenregime *siehe* Schweizer Kleinbankenregime
- Kleine Institute *siehe auch* SNCI
- als Adressat der Basler Eigenmittelanforderungen in der Schweiz 200
 - als Adressat der Basler Eigenmittelanforderungen in Europa 11 ff.
 - als Treiber der Proportionalitätsdiskussion 21
 - Auswirkungen prinzipienbasierter Rechtsetzung 246
 - Belastung durch komplexe Vorgaben 68, 196
 - Berücksichtigung im Rechtsetzungsprozess 217, 251 ff.
 - Betroffenheit von Finanzkrise 99, 199
 - Erfordernis eines separaten Regelwerks 196
 - Kriterien der CRR II, im SSM und nach EBA-SREP-Leitlinien 234 ff.
 - Kriterien und Indikatoren der BRRD 237
 - MaRisk 250
 - Rückgang 90
 - Systemrelevanz in ihrer Gesamtheit 60 f., 179
 - Wettbewerbsnachteile 44, 46, 63 f., 68, 90 ff., *siehe auch* Kosten, regulatorisch induzierte
 - Wirkung, innovationsfördernde 91
- Kleines u. nicht komplexes Institut *siehe* SNCIs
- KMU
- Bedeutung in Europa 92 f.
 - Begriff 92 f.
 - Finanzierungslücke 96
 - Kapitalmarktzugang 96 f.
 - KMU-Test 251 f.
 - KMU-Unterstützungsfaktor (Neuregelungen CRR II/CRD V) 138 ff., 163 f.
 - KMU-Wachstumsmarkt 96 f.
 - Proportionalität im Rechtsetzungsprozess 251 f.
 - Risikobewertung 93 ff.
 - Stellenwert kleinbankensbasierter Finanzierung 45, 93 ff.
 - Verfügbarkeit standardisierter Informationen 93 ff.
 - Wettbewerbsförderung 91

- Kompensationsgedanke
- Berechnungsmethoden, vereinfachte 134, 146, 165, 169
 - Risikotragfähigkeit als Eintrittskriterium 213, 218, 220, *siehe auch* Risikotragfähigkeit als Eintrittskriterium
- Kompetenzverortung
- im SSM 239
 - Neuregelungen CRR II/CRD V 167 f.
 - Rechtsetzung, kleinbankenspezifische 171 ff.
- Komplexität
- Begriff 5
 - der Geschäftstätigkeit eines Instituts als Kriterium der Systemrelevanz 60
 - der institutionellen Ebene 20 f.
 - des Bankenaufsichtsrechts 11, 19 f., 45 f.
 - Eigenmittelanforderungen 11, 130
 - Komplexitätsgrad 4 f.
 - Kosten komplexer Rechtsetzung 19
 - Messung 4 f.
 - Offenlegungsanforderungen 115 f.
 - Rechtsetzung, prinzipienbasierter 246
 - Reduktion *siehe* Proportionale Rechtsetzung
 - Regelungsbereiche, besonders betroffene 104 f.
 - Überforderung 20
 - unnötige 19 f., 68, 110, 136
 - Vergütungsvorgaben 115 f.
 - Verhältnis zu Risikosensitivität 19 f., 45 f.
- Konservative Berechnungsmethoden *siehe* Vereinfachte Berechnungsmethoden (Strukturmerkmal proportionaler Rechtsetzung)
- Konsolidierte Betrachtung 72
- Konzentration *siehe* Marktkonzentration
- Konzentrationsimpulse 84 ff.
- Anstieg regulatorisch induzierter Kosten 88 f.
 - Niedrigzinsumfeld 87 f.
 - Überkapazitäten 84 f.
 - Wandel, technologischer 86 f.
- Kosten der Rechtsetzung *siehe* Kosten, regulatorisch induzierte; Umsetzungs- und Anwendungskosten
- Kosten, administrative 64 f., *siehe auch* Administrativer Aufwand; Kosten, regulatorisch induzierte
- Kosten, regulatorisch induzierte
- Abgrenzung Sowieso-Kosten 67
 - Abhängigkeit von Institutsgröße 69 ff.
 - als Konzentrationsimpuls 88 f.
 - Belastung der Marktteilnehmer 64
 - der Rechtsdurchsetzung 63
 - der Rechtsetzung 63
 - Empirie Deutschland 70 f.
 - Empirie Vereinigte Staaten 70
 - Fixkosten *siehe* Fixkosten
 - Kategorisierung 64 ff.
 - Kosten, variable 68
 - Kosten-Nutzen-Erwägungen 13, 20, 64, 167
 - Lerneffekte 69
 - Rechtsetzung, prinzipienbasierter 246
 - Regressivitätshypothese 68
 - relativ stärkere Belastung kleiner Institute 68 ff.
 - Relevanz 64
 - Schwierigkeit der Quantifizierung 69
 - Skaleneffekte 68
 - Spezialisierungsvorteile 69
 - Taxonomie 66 (Abb. 1)
 - Umsetzungs- und Anwendungskosten *siehe* Umsetzungs- und Anwendungskosten
 - Unabhängigkeit vom Geschäftsmodell 221
 - Wettbewerbswirksamkeit 69
- Kostenadäquanz 45 ff., *siehe auch* Kostenproportionalität
- Kostenbelastung *siehe* Kosten, regulatorisch induzierte
- Kosten-Nutzen-Erwägungen 13, 20, 64, 167, 252
- Kostenproportionalität
- Argumentation 99
 - Bestandteil der Arbeitsdefinition proportionaler Rechtsetzung 48
 - durch Komplexitätsreduktion 253
 - Forderung 44 f., 66, 253
 - Gewährleistung im Rechtsetzungsprozess 251 ff.

- Potenzial vereinfachter Berechnungsmethoden 245
- zentrales Element proportionaler Rechtsetzung 25, 48
- Ziel der Fortentwicklung des SNCI-Ansatzes 196, 253
- Kreditinstitut 26
- Kreditrisiken
 - Begriff 58
 - Eigenmittelanforderungen 131
- Kreditvergabe *siehe auch* KMU
 - Bedeutung regionaler Banken 96
 - Home Bias 96
 - Kriterien 95
 - Risikobewertung 95 f.
 - Wohlstandsverluste 95
 - Zusammenhang Marktstruktur 94 ff.
- Lamfalussy-Bericht 16
- Lamfalussy-Verfahren 33 f.
- L-Bank 21 f.
- LCR (Mindestliquiditätsquote) 144
- Lehman Brothers 144
- Leitlinien
 - EBA-Leitlinien 15, 114, 141, 146, 158, 188, 250, *siehe auch* EBA-SREP-Leitlinien
 - EZB-Leitlinien 182
- Leitzinsen 88
- Less Significant Institutions *siehe* LSIs
- Letztentscheidungskompetenz der Aufsichtsbehörde 105, 117 f., 119, 129, 146, 149, 221 f.
- Level Playing Field 13, 63, 80, 171
- Liquiditätsrisiken 144
- Liquiditätsverordnung 202
- LSIs (Less Significant Institutions)
 - Anteil an Gesamtheit der Bankaktiva 73
 - Anzahl 72
 - Bedeutung für deutsche Wirtschaft 94
 - Größe 73
 - im SSM 179
 - Kriterien 225 ff.
 - Priorisierung 228 f.
 - Risikoprofil 62
 - Systemrisikogesichtspunkte 61 f.
 - Verteilung, geografische 73
 - LSI-Sektoren 62
- MaGo 32 ff.
- MaRisk 32 ff., 41, 250
- Market Risk Amendment 7 f.
- Marktdisziplin 9
- Marktkonzentration *siehe auch* Bankenmarkt
 - Auswirkungen 90 ff.
 - Homogenität 90, 99
 - in der Schweiz 199 f.
 - in Deutschland 75 ff.
 - in Europa 73 f., 85
 - Konzentrationsimpulse *siehe* Konzentrationsimpulse
 - Kreditversorgung 94 f.
 - Preisanstieg 90
 - regulatorisch induzierte 13, 45, 89
 - Rückgang der Zahl kleiner Institute 90
 - Wettbewerb 90 f.
- Markt(preis)risiken 7 f., 58, 135 ff.
- Marktstruktur *siehe* Bankenmarkt
- Materiell-rechtlicher Proportionalitätsgrundsatz 35
- Meldewesen
 - Abwendung von prinzipienbasierter Rechtsetzung 165 f.
 - Berichtsauftrag EBA 155 ff., 161, 167, 169 f.
 - im Fokus der Reformdiskussion 109, 111 f.
 - Intervalle 153 ff., 164
 - Kosten-Nutzen-Relation 155 f.
 - Leitbild 154
 - Meldebögen, vorgefertigte 155, 157
 - Neuregelungen CRR II/CRD V 153 ff.
 - Verwaltungsaufwand 154
 - Zielvorgabe Kostensenkung 157
- Mindestkapitalanforderungen *siehe* Eigenmittelanforderungen
- Mindestkapitalquote *siehe* Eigenmittelanforderungen
- Mindestliquiditätsquote (LCR) 144
- NCAs (National Competent Authorities)
 - im SSM 179 f., 239, 241
 - Verhältnis zu Marktteilnehmern *siehe* Dialog Aufsicht – Marktteilnehmer; Vertrauensbeziehung
 - Verhältnis zur EZB 227 ff.

- Niederlassung 185
 Niederlassungsfreiheit 27, 175, 176 f.
 Niedrigzinsumfeld 87 f.
 NSFR (strukturelle Liquiditätsquote) 144 ff.
- OEM (Ursprungsrisikomethode) 134
 OeNB (Oesterreichische Nationalbank) 116
 Offenlegungsanforderungen
 – Abwendung von prinzipienbasierter
 Rechtsetzung 165 f.
 – im Fokus der Reformdiskussion 109, 112,
 115 f.
 – Komplexität 115 f.
 – Neuregelungen CRR II/CRD V 150 ff.
 One-size-fits-all-Ansatz 8, 189
 Operationelle Risiken
 – Begriff 58 f.
 – Eigenmittelanforderungen 131
 – Schweizer Kleinbankenregime 207 f.
 Optionen u. Ermessensspielräume 172,
 182
- Pillar 2 Guidance (P2G) 132
 Pillar 2 Requirement (P2R) 132
 Prinzipien *siehe auch* Prinzipienbasierte
 Rechtsetzung
 – Abgrenzung Regeln 38 f.
 – Begriff 38, 50
 – Zielvorgaben 38 f.
 Prinzipienbasierte Rechtsetzung
 – Abgrenzung proportionale Recht-
 setzung 42 f., 47 f.
 – Abwendung in Europa 165 ff.
 – Anpassung an veränderte Umstände 40
 – Ausgangsbedingungen in der
 Schweiz 248 f.
 – Ausgangsbedingungen in Europa 249
 – Ausgestaltung, regelbasierte 216, 247,
siehe auch Guided Discretion
 – Auswirkungen auf kleine Institute 246
 – Compliance-Kosten 246
 – Dialog Aufsicht – Marktteilnehmer 248 f.
 – Effizienz 40
 – Erfahrungen BaFin 247
 – Erfolgsfaktoren 248 f.
 – Erwartungen Aufsicht und Wirtschafts-
 prüfer 216, 246 f.
 – Flexibilität 246 f.
- Gestaltungsspielräume 34, 41, 108, 187,
 247
 – Gewährleistung risikoadäquater
 Wirkung 216 f.
 – Guided Discretion 247, 250, *siehe auch*
 Guided Discretion
 – im Proportionalitätskontext 246 ff.
 – Komplexität 246
 – Kostenadäquanz 246
 – Potential, komplexitätsreduzieren-
 des 216 ff., 246 ff.
 – Risikoadequanz 40 f.
 – Skaleneffekte 246
 – Übererfüllung 216, 246 ff.
 – Umsetzungs- u. Anwendungs-
 kosten 246 f.
 – Unbestimmte Rechtsbegriffe *siehe*
 Rechtsbegriffe, unbestimmte
 – Verantwortungsdelegation 39 f.
 – Zurückhaltung Marktteilnehmer 246 f.
 – Zusammenhang Proportionalitäts-
 gedanke 38
 – Zweifel 39
 Profitabilität 85, 87 f., 91
 Proportionale Rechtsetzung *siehe auch*
 Klassifizierungsansatz
 – Abgrenzung Gleichbehandlungs-
 gebot 53 ff.
 – Abgrenzung prinzipienbasierte Recht-
 setzung 42 f., 47 f.
 – Abgrenzung Proportionalität im
 Aufsichtskontext 42 f., 55 f.
 – Abgrenzung Risikoadäquanz – Kosten-
 adäquanz 45 ff.
 – Abgrenzung Verhältnismäßigkeit 51 ff.,
 110
 – als legislatorische Leitmaxime 56
 – Ansatz, europäischer 168 ff.
 – Ansatz, prinzipienbasierter 47 f.
 – Ansatz, regelbasierter 47 f.
 – Arbeitsdefinition 48
 – Argumentationslinien 57 ff.
 – Ausgangspunkt im Gesetz 48
 – Bedeutungsgehalt, eigenständiger 53
 – Bedeutungszunahme, internationale 104
 – Einordnung verfassungsrechtlicher
 Kontext 48 ff.
 – Gebotenheit, verfassungsrechtliche 50, 56

- Kompetenzverortung 167 f.
- Komplexitätsreduktion 196
- Kostenadäquanz 44 ff., 63 ff., 124
- Methodik 47 f., 105
- Rechtsetzungsprozess 167, 217, 251 ff.
- Risikoadäquanz 44 ff., 57 ff., 124, 215
- Risikotragfähigkeit als Differenzierungskriterium *siehe* Risikotragfähigkeit als Eintrittskriterium
- Strukturmerkmale *siehe* Strukturmerkmale proportionaler Rechtsetzung
- Vertrauensbasis 248 f.
- Proportionalität *siehe auch* Doppelte Proportionalität; Proportionale Rechtsetzung
 - als Schlagwort 13, 31, 43 f.
 - Begriff 31 ff., 36 ff.
 - Diskussion, politische 23 f., 195
 - doppelte *siehe* Doppelte Proportionalität
 - Forderung 21 ff., 43 ff.
 - Grundsatz 31, 49 f.
 - im Aufsichtskontext 41 f., *siehe auch* Doppelte Proportionalität
 - im Bankenaufsichtsrecht 35 f.
 - im Versicherungsaufsichtsrecht 33 ff.
 - Kalibrierungsklausel 40 f., 108 f., 147 f., 207 f.
 - Klassifikation als Prinzip 49 f.
 - kleine Institute als Treiber 21
 - Konzept, europäisches 124, 170, 193, 217, 253
 - Kostenproportionalität 48
 - nach oben 108 f.
 - nach unten 42, 107 ff., 121, 169
 - Prinzip 31, 49 f.
 - Proportionalitätsfaktoren 40 f.
 - Proportionalitätsgrundsatz, aufsichtsbezogener 35 f.
 - Proportionalitätsgrundsatz, materiellrechtlicher 35 f.
 - Proportionalitätsklausel 40 f., 108 f., 147 f., 207 f.
 - Solvency II-Richtlinie 33 f., 36
 - Verständnis, mathematisches 32
 - Wirkrichtung, bi-direktionale 41 f.
 - Zusammenhang prinzipienbasierte Rechtsetzung 38
- Q&As (Questions & Answers) 15, 250
- Rechtsangleichung *siehe* Harmonisierung
- Rechtsbegriffe, unbestimmte 34, 38 f.
- Rechtsetzung *siehe auch* Bankenaufsichtsrecht
 - Effizienz 45 ff.
 - Europäisierung 3, 14
 - Harmonisierung *siehe* Harmonisierung
 - in Europa 11 ff.
 - Internationalisierung 5
 - Komplexität 19 f., 45 f., *siehe auch* Komplexität
 - Konsistenz 106
 - Kostenbelastung 19, 111, *siehe auch* Kosten, regulatorisch induzierte
 - Lamfalussy-Bericht 16
 - proportionale *siehe* Proportionale Rechtsetzung
 - Single Rulebook *siehe* Single Rulebook
 - Verfahren 172 f.
- Reduzierte Frequenzen (Strukturmerkmal proportionaler Rechtsetzung) 164
- Refinanzierungsgrad, solider 206
- Regelbasierte Ausgestaltung prinzipienbasierter Rechtsetzung (Strukturmerkmal proportionaler Rechtsetzung) 165 ff.
- Regeln *siehe* Prinzipien
- Regelungsansätze zur Verwirklichung von Erleichterungen (Strukturmerkmal proportionaler Rechtsetzung) 163 ff.
- Regelungsbereichsspezifische Klassifikationen (Strukturmerkmal proportionaler Rechtsetzung) 159 f.
- Regionale Verbundenheit 92, 94 ff.
- Regressivitätshypothese 68
- Regulatorisch induzierte Kosten *siehe* Kosten, regulatorisch induzierte
- Regulierung *siehe* Rechtsetzung
- Regulierungsarbitrage 14, 19, 115, *siehe auch* Harmonisierung
- Regulierungsbedingter Impuls *siehe* Konzentrationsimpulse
- Regulierungsgrundsätze *siehe* FINMA
- Regulierungskosten 64 f., *siehe auch* Kosten, regulatorisch induzierte
 - direkte 65
 - indirekte 65

- Oberbegriff 65
- Taxonomie 66 (Abb. 1)
- Risiken
 - Anreize zur Eingehung 91
 - der Geschäftstätigkeit von Instituten 58 ff.
 - Identifikation als zentrale Schwierigkeit des Aufsichtsrechts 221
 - idiosynkratische *siehe* Idiosynkratische Risiken
 - Liquidität 144
 - Maß 58
 - operationelle *siehe* Operationelle Risiken
 - systemische *siehe* Systemische Risiken
- Risikoadäquanz *siehe* Prinzipienbasierte Rechtsetzung; Proportionale Rechtsetzung
- Risikogewichtete Aktiva 107, 131
- Risikokategorien *siehe* Risiken
- Risikomanagement, internes 7 ff., 35, 38, 41 f.
- Risikotragfähigkeit als Eintrittskriterium
 - Empirische Untersuchung 222 f.
 - Erleichterungspotenzial 221
 - im Schweizer Kleinbankenregime 213 f., 218
 - in den Vereinigten Staaten 218 f.
 - in Europa 220
 - SNCI 217 ff.
 - Theoretische Erwägungen 220 ff.
 - Umgang mit einzelbereichsspezifisch erhöhten Risiken 221 f.
 - Vergleich Schweiz – Vereinigte Staaten 218 f.
 - versus Risikoexposition 213, 218, 241
 - Kompensationsgedanke 213, 218, 220
- SA-CCR (Standardansatz für das Gegenparteiausfallrisiko) (Neuregelung CRR II/CRD V) 133 f.
- Sanierungs- und Abwicklungsplanung
 - siehe* Vereinfachte Anforderungen an Sanierungs- und Abwicklungsplanung
- Sanierungspläne 231
- Säule 1+-Ansatz 116 ff.
- Schranken der Kompetenzzusübung 173 f., *siehe auch* Harmonisierung
- Schweiz
 - Aufsichtsintensität 201
 - Bankenmarkt 197 ff.
 - Bankenverordnung 200
 - Eigenmittelverordnung 205
 - Erstreckung Basler Eigenmittelanforderungen auf kleine Institute 200
 - FINMA *siehe* FINMA
 - Kategorisierung der Institute zu Aufsichtszwecken 200 f.
 - Kleinbankenregime *siehe* Schweizer Kleinbankenregime
 - Liquiditätsverordnung 202
 - Proportionale Rechtsetzung vor Kleinbankenregime 201 f.
 - Schweizer Kleinbankenregime
 - Anwendung der Kriterien auf deutsche Institute 222 f.
 - Aufnahmeantrag 206
 - Auslagerungen 209 f.
 - Bewertung durch FINMA 210
 - Bezugnahme auf aufsichtliche Kategorisierung 205 f.
 - Bezugspunkt der Diskussion in Deutschland 197
 - Corporate-Governance-Regelungen 208 f.
 - Eintrittskriterien 205 f.
 - Entlastung, administrative 203
 - Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen 206 f.
 - Etablierung 197, 203 ff.
 - Finale Ausgestaltung 204 f.
 - Kapitalpuffer 207
 - Kompensationsgedanke 213, 218
 - Komplexitätsreduktion 203, 214
 - Liquiditätsquote 206
 - Modifikation qualitativer Anforderungen 206 ff., 215 ff.
 - Modifikation quantitativer Anforderungen 206 ff., 215
 - Offenlegungspflichten 206 f.
 - Pilotphase 204
 - Rechtsgrundlage Pilotphase 204
 - Reduktion Fixkosten 213
 - Refinanzierungsgrad, solider 206
 - Risikotragfähigkeit als Eintrittskriterium 213 f., 218
 - Stärkung prinzipienbasierter Rechtsetzung 207 f., 215 f.
 - Steuerung operationeller Risiken 207 f.
 - Stufenmodell 214

- Teilnehmer 204 f.
- Vereinfachte Höchstverschuldungsquote 207
- Vergleich SNCI-Ansatz 210 ff.
- Vernehmlassung 204
- Vetorecht FINMA 206
- Zielsetzung 200, 203, 213 f.
- Zukunftsperspektive 210, 217
- Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) 203
- Schwellenwerte 106, *siehe auch* Vergütungsvorgaben
- Sensitivitätsbasierter Standardansatz 136 f.
- Significant Institutions *siehe* SIs
- Signposting 158
- Simplified SA-CCR (Vereinfachter Standardansatz für das Gegenparteiausfallrisiko) (Neuregelung CRR II/CRD V) 134
- Single Rulebook
 - als politisches Ziel 187
 - Bedeutung für SSM 181
 - Begriff 187 f.
 - Bezugspunkt der Einheitlichkeit 188 f.
 - des Bankenaufsichtsrechts 180 f.
 - Entstehung 14, 24
 - Rechtsakte 188
 - Vereinbarkeit mit Differenzierungen 24, 187 ff., 192
- Single Supervisory Mechanism (SSM) *siehe* SSM
- SIs (Significant Institutions)
 - Anzahl 72
 - im SSM 179
 - Kriterien 225 ff.
 - Verteilung, geografisch 73
- Skaleneffekte 68, 87, 246
- Small Banking Box
 - Begriff 57
 - Einfluss auf SNCI-Klassifikation 160
 - Erleichterungen, vorgesehene 120
 - Regelwerk, separates 119 f.
 - Vorschlag 118 ff.
- SNCIs (Small and Non-Complex Institutions)
 - als regelungsbereichsübergreifende Klassifikation 160 ff.
 - Bedeutung idiosynkratischer Risiken für Klassifikation 212 f., 221
 - Beschränkung auf risikoarme Geschäftsmodelle zu restriktiv 214, 221
 - Bezugnahmen auf existierende Klassifikationen 129, 162 f., 214, 224 f.
 - Erleichterungen 160 f.
 - Etablierung der Kategorie 126 ff.
 - in Deutschland als SNCI klassifizierte Institute 161
 - Klassifikation als Anknüpfungspunkt kleinbankenspezifischer Rechtsetzung und Aufsicht 243 f.
 - Klassifikation als Kriterium für Einstufung nach EBA-SREP-Leitlinien 243 f.
 - Kriterien 128 f.
 - Kritik 161 f., 223
 - Opt out 129
 - Ursprung in Offenlegungsanforderungen 126 f.
 - Vergleich Schweizer Kleinbankensysteme 210 ff.
 - Weiterentwicklung 217 ff.
- s-NSFR (vereinfachte strukturelle Liquiditätsquote) (Neuregelung CRR II/CRD V) 145 ff., 160, 165, 168, 245
- Solvency II-Richtlinie 33 f., 36, 172
- Sowieso-Kosten
 - Begriff 66
 - bei kleinen Instituten 67
 - Quantifizierung 67
 - Relevanz für Analyse regulatorisch induzierter Kosten 67
- Sparkassen
 - Anstaltslast 80
 - Charakteristika 78 f.
 - Entstehungsgeschichte 78 ff.
 - Fusionen 80 f.
 - Gewährträgerhaftung 79 f.
 - Regionalprinzip 80
 - Sicherungssystem, institutsbezogenes 60 f.
 - Trägerschaft, kommunale 79
 - Verbreitung, regionale 79
 - Wertschätzung, politische 23
 - Zielsetzung, öffentliche 80
- Spezifischer Ausnahmeansatz 105 f., 159 f.

- SREP (Supervisory Review and Evaluation Process)
- Abwendung von prinzipienbasierter Rechtsetzung 165 f.
 - Ausgestaltung, regelbasierte 141
 - EBA-Leitlinien *siehe* EBA-SREP-Leitlinien
 - Konkretisierung der Vorgaben (Neuregelungen CRR II/CRD V) 140 ff.
 - Maßnahmen, institutsindividuelle 132
 - Offenlegung behördlicher Erwägungen 166
 - Pillar 2 Guidance 132
 - Pillar 2 Requirement 132
 - Prozeduralisierung zur Verankerung von Proportionalitätserwägungen 166
 - Prozess 132
 - Schlüsselindikatoren 230
 - Standardisierte Methode 141 f., 165, 168
 - Stresstests, nationale 132
 - Vereinfachte standardisierte Methode (Neuregelung CRR II/CRD V) 141 f., 160, 165, 168
 - Verhältnismäßigkeit 132, 166
- SRM-Verordnung 125, 232
- SSM (Single Supervisory Mechanism)
- Anwendbares Recht 181 ff.
 - Aufsicht, laufende 179 f.
 - Aufsichtszuständigkeit 178 ff.
 - Aufsichtszuständigkeit, direkte 179
 - Aufsichtszuständigkeit, indirekte 179
 - Auseinanderfallen Rechtsetzungs- u. Aufsichtszuständigkeiten 180 ff.
 - Bedeutung Single Rulebook 181, *siehe auch* Single Rulebook
 - Entstehung 18
 - Finanz- und Binnenmarktintegration 175
 - Finanzstabilitätserwägungen 175, 178 ff.
 - Fokus auf große Institute 229
 - Funktion 178
 - Klassifizierung *siehe* SIs; LSIs
 - NCAs *siehe* NCAs
 - Recht, nationales 181
 - Rechtsgrundlage 178
 - SSM-RahmenVO 226 ff.
 - SSM-VO 178 ff., 225 ff.
 - Subsidiarität 178 ff., *siehe auch* Subsidiarität
 - Systemrelevanz als Differenzierungskriterium 240
- Standardansatz für das Gegenparteiausfallrisiko (SACCR) (Neuregelung CRR II/CRD V) 133 f.
- Standardisierte Methode 141 f., 165, 168
- Standards 38 f. *siehe auch* Prinzipienbasierte Rechtsetzung
- Stresstest 132, 209
- Strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) 144 ff.
- Strukturmerkmale proportionaler Rechtsetzung
- Analyse 159 ff., 168 ff.
 - Angepasste Risikogewichtung u. Nichtanrechnung 163 f.
 - Differenzierungsansätze 105 f., 159 ff.
 - Differenzierungskriterien 105
 - Kompetenzverortung 167 f.
 - Reduzierte Frequenzen 164
 - Regelbasierte Ausgestaltung prinzipienbasierter Rechtsetzung 165 ff.
 - Regelungsansätze zur Verwirklichung von Erleichterungen 163 ff.
 - Regelungsbereichsspezifische Klassifikationen 159 f.
 - Regelungsbereichsübergreifende SNCI-Klassifikation 160 ff.
 - Vereinfachte Berechnungsmethoden 164 f., 215, 245
- Stufenmodell *siehe* Schweizer Kleinbankeregime
- Subprime-Krise 221
- Subsidiarität *siehe auch* Harmonisierung
- im SSM 178 ff.
 - Rechtsetzung bzgl. Kleinbanken 171, 174 f., 177 f.
 - Schranke der Kompetenzausübung 173 f.
- Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) *siehe* SREP
- Systemische Risiken *siehe auch* Finanzstabilität
- Aufsicht, makroprudenzielle 61
 - Begriff 58 f., 98
 - LSIs 61 f.
 - Zusammenhang Institutsgröße 60 ff.
- Systemrelevante Institute 3, 10, 60 f., 98, 119, 129, 201, 218, 240
- Systemrelevanz

- als Differenzierungskriterium 105, 239 f.
- Faktoren 98
- Kleine Institute in ihrer Gesamtheit 60 f., 179
- Kriterien 60
- Maßnahmen, regulatorische 18 ff.
- Risikostrukturen, gleichläufige 61
- u. Finanzstabilität 98
- Vernetztheit 98, *siehe auch* Vernetztheit Systemstabilität *siehe* Finanzstabilität

- Tailoring 43, 53, *siehe auch* Proportionale Rechtsetzung
- Technische Durchführungsstandards 33 f., 152 f., 157, 161
- Technische Regulierungsstandards 33 f., 141, 146
- Technologischer Wandel 86 f.

- Überkapazitäten 84 f.
- Umsetzungs- und Anwendungskosten *siehe auch* Kosten, regulatorisch induzierte
 - Rechtsetzung, komplexer 19, 64, 196
 - Rechtsetzung, prinzipienbasierter 246
 - Vorgaben, risikosensitiver 165
- Umwelt-, Sozial- u. Governance-Risiken 186
- Unbestimmte Rechtsbegriffe 34, 38 f., *siehe auch* Prinzipienbasierte Rechtsetzung
- Unionsagentur 16
- Universalbanken 76
- Ursprungsrisikomethode (OEM) (Neuregelung CRR II/CRD V) 134

- Variable Kosten 68
- Verantwortungsdelegation 40, 246, *siehe auch* Prinzipienbasierte Rechtsetzung
- Verbriefungen 7, 9, 221
- Vereinfachte Anforderungen an Sanierungs- und Abwicklungsplanung
 - Kriterien 232 f., 237
 - Proportionalitätsgedanke 231
 - Small Banking Box 120, 225
 - Zweck 231
- Vereinfachte Berechnungsmethoden (Strukturmerkmal proportionaler Rechtsetzung) 164 f., 215, 245

- Vereinfachte Höchstverschuldungsquote 207
- Vereinfachte standardisierte Methode (Neuregelung CRR II/CRD V) 141 f., 160, 165, 168
- Vereinfachte strukturelle Liquiditätsquote (sNSFR) (Neuregelung CRR II/CRD V) 145 ff., 160, 165, 168, 245
- Vereinfachter Standardansatz für das Gegenparteiausfallrisiko (Simplified SA-CCR) (Neuregelung CRR II/CRD V) 134
- Vereinfachter Standardansatz für Institute mit Handelsbuchstätigkeiten mittleren Umfangs 136 f.
- Vereinheitlichung Klassifizierungsansätze
 - Bereits existente Bezugnahmen 224 f.
 - Beurteilungsspielraum zuständige Behörden 241 f.
 - Bewertungsmethodik 241
 - Differenzierungskriterien 239 ff.
 - Kompetenzverortung 239
 - Nebeneinander verschiedener Ansätze 161 ff., 223 ff.
 - Signifikanzkriterien 239 ff.
 - SNCI – EBA-SREP-Leitlinien 243 ff.
 - SNCI – SSM 242 f.
 - SNCI – Vereinfachte Anforderungen an Sanierungs- und Abwicklungsplanung 243 ff.
 - SNCI-Klassifikation als Anknüpfungspunkt kleinbankenspezifischer Rechtsetzung und Aufsicht 243 ff.
 - Vereinheitlichungspotenziale 242 ff.
 - Vergleich Kernaspekte 233 ff.
- Vereinheitlichung *siehe* Harmonisierung
- Verflechtung 6 f., 60, 98 f., 129, 168, 227, 233
- Vergütungsvorgaben
 - Abwendung von prinzipienbasierter Rechtsetzung 148, 165 f.
 - Anreizwirkung 113, 146
 - Ausgestaltung, prinzipienbasierte 146 f.
 - Auszahlung in Instrumenten 114, 147 ff.
 - Bestandteile, variable 147 ff.
 - EBA-Bericht 113 f.
 - Finanzkrise 146

- im Fokus der Reformdiskussion 109, 111, 113 ff.
- Komplexität 115 f.
- Konsultation der Kommission 113
- Malusvereinbarungen 147
- Mitarbeiterkategorien 147
- Neuregelungen CRR II/CRD V 146 ff.
- Nichtanwendung aus Proportionalitätserwägungen 114, 148
- Praxistauglichkeit 114, 148 f.
- Proportionalitätserwägungen 113 ff.
- Rechtssicherheit bei Auslegung 150
- Reichweite Proportionalitätsgrundsatz 114, 148
- Rückförderungsvereinbarungen 147
- Schwellenwerte 149 f., 160
- Waiver Regime 149
- Wirkung, verhaltenssteuernde 113, 146
- Zurückbehaltung 114, 147 ff.
- Verhältnismäßigkeit
 - Abgrenzung doppelte Proportionalität 31, 36 ff.
 - Abgrenzung proportionale Rechtsetzung 51 ff., 110
 - Abwägungsentscheidung 52
 - als Schranke der Kompetenzzusübung 173 f.
 - Begriff 51
 - Einschätzungsprärogative 52 f.
 - in Deutschland 51 f.
 - in Europa 51 f.
- Verlustabsorptionsfähigkeit *siehe* Risikotragfähigkeit als Eintrittskriterium
- Vernetztheit 6 f., 60, 98 f., 129, 168, 227, 233
- Versicherungsaufsichtsrecht 33, 172
- Vertrauensbeziehung
 - Institute – Aufsichtsbehörden 248 f., 253, 259, *siehe auch* Dialog Aufsicht – Marktteilnehmer
 - Institute – KMU 93 f.
- Verwaltungsaufwand 64 f., 71, 113, 120, 151 ff., 166, 203, *siehe auch* Kosten, regulatorisch induzierte; IT-Instrument zur Reduktion administrativen Aufwands
- Volks- u. Raiffeisenbanken
 - Bundesverband 82
 - Entstehungsgeschichte 81 ff.
- Sicherungssystem, institutsbezogenes 60 f.
- Wertschätzung, politische 23
- VTB Bank (Austria) 183
- Wahlrechte 8, 14, 181
- Währungsunion 178, 187, *siehe auch* SSM
- Waiver-Regime 149
- Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarkts 184 f.
- Weltbank 104
- Weniger bedeutende Institute *siehe* LSIs
- Wertpapierfirmen
 - Anforderungsprofil 191
 - Aufsicht, prudenzielle 189 ff.
 - Erleichterungen für nicht systemrelevante 189 ff.
 - Geschäftstätigkeit 189
 - große 190 f.
 - IFD 190
 - IFR 190
 - Kapitaladäquanzrichtlinie 93/6/EWG 185 f., 189
 - Kategorisierung 190
 - kleine u. nicht verflochtene 190 f.
 - mittelgroße 190 f.
 - Regelungsansatz methodischer Erleichterungen 191
 - Regelungsregime, separates 190 f.
 - SSM-Aufsicht 191
 - Systemrelevanz als Ordnungsprinzip 190 f.
- Wettbewerb *siehe auch* Harmonisierung; Level Playing Field; Binnenmarkt
 - Auswirkungen Marktkonzentration 90 ff.
 - Auswirkungen unproportionaler Rechtsetzung 90 ff.
 - Bedeutung Diversität 45, 66, 90, 199
 - Bedingungen 6 f., 12 f., 103, 130
 - Beurteilung im Bankenmarkt 91 f.
 - FinTechs 86 f.
 - im deutschen Bankenmarkt 83 f.
 - im Schweizer Bankenmarkt 199
 - Intensität 91
 - Nachteile kleiner Institute 44, 46, 63 f., 68, 90 ff., *siehe auch* Kosten, regulatorisch induzierte
 - Neutralität der Rechtsetzung 63 f., 69, 100

- One-size-fits-all-Ansatz 189
 - Optionen u. Ermessensspielräume 172
 - Verzerrungen durch Rechtsunterschiede 172, 175, 189
- Zahlungsverkehrsfreiheit 176
- Zentralisierung
- Aufsichtskompetenzen 14 ff., 171, 187
 - Rechtsetzung 14 ff., 167 f., 170 ff.
- Zielvorgabe 38 f., *siehe auch* Prinzipienbasierte Rechtsetzung
- Zinsänderungsrisiken
- Begriff 58, 59
 - bei Geschäften des Anlagebuchs 141, 160, 164 f., 166, 168, 245
 - Schweizer Kleinbankenregime 206
- Zinsanstieg *siehe* Niedrigzinsumfeld
- Zusammenschlüsse *siehe* Fusionen
- Zusätzliches Kernkapital 131
- Zweite Bankenrechtskoordinierungsrichtlinie 184 f.
- Zweite Kodifizierungsrichtlinie 185